

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 5. November 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 128.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Seitenprünge (Schluß). — Die Spielgesellen der Schasmaner. Zur Charakteristik des „Arbeitslosen“ Gutenberg-Bundes und seiner unchristlichen Handlungen, XII. — Vom Splitter und Balken. — Zur Siebungsfrage.

Das Handgewerbe im Ausland: Italien.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Verlust des rechten Armes und Arbeitsfähigkeit.

Volkwirtschaft: Besonderes und Allgemeines von der Zeitung (Schluß).

Korrespondenzen: Bonn. — Danzig. — Elmshorn. — Gersford. — Kaiserslautern. — Rieve. — Meisdorf (Hollstein). — Merzig. — München (S. r.). — Naumburg. — Oberndorf a. N. — Oldenburg. — Rendsburg. — Schleswig. — Stralsund. — Stuttgart (St.). — Wismar. — Witten (Ruhr). — Würzburg. — Wvidau i. S.

Kundschau: Katastrophentherapie. — Kynographenverband und Steindruckerei. — Ein Volksbildner als Gewerbeschlichter. — Der württembergische Buchdrucker. — Konturs. — Hilfsarbeiterkonkurrenz in Karlsruhe. — Kennzeichnungsverfahren gegen einen Redakteur. — Bernhard Heilich. — Gewerliche Rechtsprechung im Jahre 1911. — Kriegervereine gegen Konsumvereine. — Scherlicher Arbeitertod. — Studentische Arbeiterunterrichts-kurse.

Seitenprünge.

(Schluß)

Bei den Zeitungsverlegern, deren Organisation augenscheinlich nicht mehr die äußeren groben Regieeffekte bevorzugt, haben die mannigfach widerstrebenden Interessen auch zwei Erscheinungen zeitigt, die zum mindesten der Erwähnung wert sind. Besser noch, des Nachdenkens, denn es wird zu viel und so schnell vergessen und nicht allzu häufig den Dingen auf den Grund gegangen.

Es ist jetzt gerade ein Monat vergangen, seit im „Hötel „Espianade“ in Berlin, also einem der ersten Absteigequartiere, sich ein ganz absonderlicher Interessentenzusammenfluß bildete, nämlich eine Vereinigung für Abonnentenfürsorge. Zeitungsverleger aus allen Teilen Deutschlands sollen herbeigeeilt sein, um dem notwendigsten aller Zeitbedürfnisse schleunigst Abhilfe zu schaffen. Eine Vereinigung versichernder Verleger — dreimal „Ver“ eröffnet sonst keine guten Aussichten! — hatte unter Führung eines Herrn Martin Hilbrandt in Charlottenburg den Ruf in die deutschen Lande hinausgehen lassen, und es kamen ihrer so viele, daß die braven Zeitungsleser mit einer sozialen Wohltat beglückt werden konnten, nämlich mit befagter Abonnentenfürsorge.

In einer Zeitungsmeldung war als der Zweck dieses gewiß hochmodernen Organisationsbedürfnisses bezeichnet worden: „Verständnis für die segensreiche soziale Einrichtung der Abonnentenversicherung zu wecken und Angriffe gegen sie zurückzuweisen.“ Der gleich kuriosen Absicht soll auch ein monatlich einmal erscheinendes eignes Organ, „Die Abonnentenversicherung“, dienen. Da man zur Erfüllung dieser neuentdeckten Zeitungsverlegerpflichten aber nicht nur einen Verein braucht, vielmehr dieser durch einen fürtrefflichen Vorstand, erst seinen Leiter und Kulturaufgaben gerecht zu werden vermöge, so wurde ein solcher schnell aus fürsorgebegeisterten Verlegern der guten Städte Braunschweig, Chemnitz, Kiel, München, Stettin und Stuttgart gekürt. Und nun kann aus der schönen Wechselwirkung zwischen Abonnentenversicherung und Abonnentenfürsorge ein neues soziales Zeitalter herantreiben, das den Vater Staat, der Veteranen auf offener Straße verhungern läßt, beschämen, dem Zeitungsleser aber zu der längst verdienten Würdigung verhelfen wird.

Der „Zeitungsverlag“ hat sich kurz mit diesem Seitenprung einer Anzahl von Verlegern be-

schäftigt und sich wenig erbaut davon gezeigt. Bekanntlich wird die Beseitigung der Abonnentenversicherung seit Jahren durch ein gemäßigtes Vorgehen zu erreichen getrachtet. Den kategorischen Imperativ wendet der Zeitungsverlegerverein aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht an. Es könnte ihm das einen durchaus unerwünschten Überlaß an Mitgliedern bringen, welches Moment drüben noch immer schärfer erwogen worden ist als hieken.

Der Unmut über den in Berlin unternommenen Schritt ist aber auch um deswillen begründlich, weil erst in jüngster Zeit offenbar geworden ist, daß die scheinbar festgeschlossene Bilanz der Zeitungsverleger durch den Interessenwiderstreit zweier ganz Großer bereits eine bedenkliche Lücke aufzuweisen hat. Der zwischen Scherl und Ulstein seit Monaten geführte maskierte Zeitungskrieg ist ein auch für uns Gehilfen beachtenswertes Kapitel.

Dem Organe der Zeitungsverleger will die Bestimmung des neugegründeten Vereins, nämlich die Abonnentenfürsorge, nicht in den Kopf. Es meint, die Abonnentenversicherung wäre allenfalls noch zu verstehen, jedoch:

Die soziale Fürsorge als solche ist keinesfalls — darüber kann kein Streit sein — Aufgabe der Zeitungsverleger. Will sich aber ein Verleger in ihr betätigen, so gilt auch hier das Wort, daß Wohlsein zu Hause beginnt. Die Fürsorge mag sich dann etwa auf den eigenen Betrieb, auf Angestellte und Redakteure, erstrecken.

Das ist ganz richtig gesprochen. Der Abonnentenversicherung kann man aus prinzipiellen wie aus ästhetischen Gründen — wegen der mit den entschädigungspflichtigen Unfällen betriebenen, häufig geradezu widerwärtigen Reklame — abgeneigt sein, die Abonnentenfürsorge aber muß wohl logischer wie vom geschäftlichen Standpunkt einfach verworfen werden.

Wenn anstatt Abonnentenfürsorge Kundschafts-fürsorge gesagt werden würde, wäre der Unsinne erst ganz offenkundig. Wer seinem Schuster oder seinem Schneider, die beide selbst von dem kleinen Mann im Jahre mehr Einnahme haben als ein Zeitungsverleger von einem seiner Abonnenten, das Ansinnen stellen würde, für seine Kundschaft eine „gegenreiche soziale Einrichtung“ zu treffen in Gestalt einer Unfallversicherung oder dgl., der könnte die Reise nach Oßen ebenso schnell antreten wie der Gewerbetreibende, der seinen Kunden mit einer solchen sozialen Erleuchtung von selbst kommen wollte.

Bei den Zeitungsverlegern, also einem Teile des Buchdruckgewerbes, scheint das Anormale indes als ein Zeichen besonderer geschäftlicher Klugheit angesehen zu werden. Die Abonnentenfürsorge ist aber weder dies, noch wirkt die Verbrämung als soziale Einrichtung etwa schädlich. Warum in aller Welt soll sich denn der Buchdrucker immer zum Stiefelpußer für andre mißbrauchen lassen? Hat man denn bei einem Teile der Presse, die sich stolz die siebente Großmacht nennen läßt und dennoch auf dem Abonnenten- wie überhaupt auf dem Konkurrenzgebiet ein nicht anmutendes Bild geschäftlicher Pfenningjagerei bietet, so ganz und gar das verloren, was man Standeswürde nennt, die in irgend einer Form jedes Gewerbe und jeder Beruf besitzt? Wird denn nicht bedacht, daß der Appetit beim Essen kommt, wofür der Schritt von der Abonnentenversicherung zur Abonnentenfürsorge ja schon Beweis ist?

Es ist jetzt genau ein Jahr her, da haben der Verein wie das Organ der Zeitungsverleger über die Mehrbelastung durch den neuen Tarif einen um den andern Kassandrasuf erschallen lassen. Es wurde in einer Vorstandssitzung Übereinstimmung erzielt, daß der Tarifabschluß namentlich für die kleineren Zeitungsverleger

ein im Interesse des gewerblichen Friedens, des Tarifgedankens und der wirtschaftlichen Förderung der Gehilfenschaft gebrachtes Opfer bedeutet, welches die Existenz zahlreicher Prinzipale in Frage stellt, wenn nicht geeignete Maßregeln des Ausgleichs für die schwere Neubelastung getroffen werden, und wenn die dem Wortlaut und dem Geiste des neuen Tarifs allein entsprechende Erhöhung der Leistungen der Gehilfenschaft nicht überdies in loyaler Weise durchgeführt wird. Der „Zeitungsverlag“ sprach von einer ganz bedeutenden Mehrbelastung, die bei vielen Verlegern bis „hart an die Existenzmöglichkeit“ reiche. Der neue Tarif bedeute im besondern für die Herausgeber mittlerer und kleinerer Blätter den „Beginn eines Kampfes um Sein oder Nichtsein“. Der „Korr.“ trat diesen starken Übertreibungen nachdrücklich entgegen, bereitete jedoch den Zeitungsverlegern keine Schwierigkeiten, einen Ausgleich zu finden, was ja auf alle mögliche Art und Weise versucht und meistens auch erreicht worden ist.

Mit dieser Katastrophensittimmung harmonisiert es aber nun ganz und gar nicht, wenn sich vor kurzem ein Verein gründete in der Absicht, den Abonnenten Vergünstigungen zu gewähren, die einmal das viele auf diesem Gebiete bereits Dargestellte noch überflügeln, dann aber den berechtigten Spott anderer Unternehmerkreise herausfordern müssen.

Die Gehilfenschaft hat aus diesem Seitenprung einer noch unbefinnbaren Gruppe von Zeitungsverlegern nach den Vorgängen in der neuen Tarifperiode, wie Entziehung von Ferien, Aufhebung sonstiger Benefizien, schärferes Ansehen der Kontrolle und strengere Arbeitsordnungen, neuerdings wieder förmlich gewalttames Einführen des Berechnens an der Maschine (auch wo die Voraussetzungen dazu gänzlich fehlen), an weitere Schlußfolgerungen zu denken. Gegebenenfalls, wenn es sich herausstellen sollte, daß die Abonnentenfürsorge auf Kosten der Gehilfen eingerichtet wird, würden wir ein deutliches Wort reden, jetzt liegt noch keine Veranlassung dazu vor. Auf jeden Fall stellt sie ein kurzfristiges und egoistisches Unterfangen dar.

Von einer zweiten Extratour unter den Zeitungsverlegern kann aus dem herrlichen Rheinland-Westfalen berichtet werden. Mit dem Sitz in Wattencheid hat sich ein Verlegerverein Lokalpresse gebildet, eine, wie schon der Name besagt, Sonderorganisation kleiner und kleinster Zeitungsverleger. Der sogenannte Laden-druckerverein aus den achtziger und neunziger Jahren kann als ihr Vorgänger betrachtet werden. Absolut Neues zu bringen, hält heutzutage eben schwer.

Ob es sich bei dem Verlegervereine Lokalpresse um einen Zusammenschluß der Zeitungsherausgeber handelt, über deren Austritt aus dem Deutschen Buchdruckerverein wegen des Fonds für besondere Zwecke ein Eingekandt im „Zeitungsverlag“ am 19. Juli d. J. sich verbreitete, können wir nicht ergründen. Sicher ist, daß sich hier die Kleinen zu einem mit erbitterunggetränkten Worten geführten Kampfe gegen die Großen zusammenge-

funken haben, daß weiter der Tarif manchen von diesen unter dem Vortritte des Herrn Busch jun. (Wattenscheid) aus der Reihe tangenden Kleinen nicht zur Liebe zwingen konnte, und daß auch die Gehilfenfreundlichkeit dieser neuen Weltreformer auf recht schwachen Füßen steht. Dagegen ist der Arbeitgeberverband bei ihnen Hahn im Korbe. Der Vorsitzende der Sozialpreßgewaltigen geht sogar in dessen Vorstandssitzungen ein und aus. Mehr braucht über die Wattenscheider Richtung wohl nicht gesagt zu werden. Man hat auch ein Organ, das sich „Sozialpresse“ nennt, monatlich zweimal in einem obstrukten Gewande herauskommt und bis jetzt in fünf Nummern erschienen ist. Außerdem besteht eine Bezugs- und Absatzgenossenschaft für die Außenseiter bei den Zeitungsverlegern, die ja die Welt nicht aus den Angeln heben werden.

Das Thema von den Seitenströmungen ist also bei den Buchdruckern gleich in drei Lagern aktuell und trotzdem nicht neu. Es muß doch ein merkwürdiges Volk von wenig Weitblick sein . . .

Die Spießgesellen der Scharfmacher.

(Zur Charakteristik des „christlichen“ Gutenbergbundes und seiner unchristlichen Handlungen.)

XII.

Treffertische Fälschertumme.

Mit dem „Typ.“-Redakteur sich noch im Besondern zu beschäftigen, bereitet kein Vergnügen. Haben wir uns sowieso nicht des Gutenbergbundes wegen auf die Hufe gesetzt, um sein Charakterbild durch neue, aber auch nicht angenehmere Bilde als die früher entworfenen zu vervollständigen, so ist die Ausdehnung dieser Beschäftigung auf das Musterexemplar eines „christlichen“ Gewerkschaftsredakteurs eine direkt unappetitliche Arbeit. Aber das, was uns bewegt, den Gutenbergbund wieder einmal im Spiegelbilde zeitgenössischer Buchdrucker geschichtsschreibung zu zeigen, nötigt auch, die Helmentaten eines Treffert auf dem ihm eigensten Gebiete der groben Fälschung gebührend zu beleuchten.

Von Gossjäh und Thranert stammt der eine Zeitlang im „Typ.“ häufig angewandte Begriff „salsarische Kniffe“. Treffert gebraucht dies Wort anheimelnd weniger gern. Die betrügerischen Kniffe, wie man dafür, auf gut Deutsch zu lesen hat, gehören zu seinem Metier so unmittelbar, daß er lieber nicht davon spricht, um so mehr aber mit ihnen operiert. Er versteht sich darauf sogar mit einer Rabulistik, wie sie nur ein ganz waschechter M. Glabacher entfalten kann. Aus den elf bis jetzt gebrachten Artikeln geht schon hervor, daß an Trefferts Befähigungsnachweis kein Zweifel bestehen kann. Dieser Abschnitt soll Herrn Trefferts Hauptstärke nun bis zum letzten gerecht werden.

Ein Redakteur, der mit Fälschungen arbeitet, stellt sich selbst außerhalb der Reihe der anständigen Journalisten. Ist das auf seine Charakterveranlagung zurückzuführen, so wird damit das Urteil über ihn auch als Mensch gesprochen. Macht es jedoch den Eindruck, als ob die Sache, die jemand vertritt, mit solchen Mitteln mehr gefördert werden soll, dann ist das noch schlimmer. Bei dem Organe des Gutenbergbundes ist das eine Moment nicht von dem andern zu trennen. Die größte Skrupellosigkeit ist hier in jeder Beziehung Bedingnis, ansonst die hehre Sache ja keinen Hund hinter dem Ofen vorlocken würde.

Für diejenigen, die sich selbst einreden, als handle es sich beim Bund um eine Weltanschauung, der schon aus Gründen der Toleranz eine objektive Beurteilung zuteil werden müsse, ist es sicherlich von Vorteil, zu erfahren, wie die Leute der angeblich ungerecht behandelten großen Minderheit für die Ideale ihrer christlichen Weltanschauung mit der heiligen Waffe der Wahrhaftigkeit kämpfen.

So schrieb Treffert in Nr. 38 (der ersten von den beiden Agitationsnummern, mit deren Versendung an die Mitglieder des Verbandes gegenwärtig wieder viel Geld zum Fenster herausgenorfen wird), um für die recht zweifelhafte Lektüre des „Typ.“ mehr Verständnis zu erwecken, der „Korr.“ habe in Nr. 83 Jahrgang 1911 ähnlich wie andre Organe die Aufgaben der Gewerkschaftspressen dahin präzisiert: „Wir lassen keine Gelegenheit vorübergehen, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Partei näher zu bringen, sie zum Lesen der Parteipresse zu bewegen.“ Damit niemand im unklaren bleibe, schaltete Treffert in Klammern zweimal das Wort sozialdemokratisch ein. Wie wir zu erfahren Gelegenheit hatten, dienen den Anlagen gegen den „Korr.“ wegen Verletzung der gewerkschaftlichen Neutralität so gut wie ausschließlich die „Feststellungen“ des „Typ.“ als Unterlage. Auch das unglaubliche Zeug wird zu den Akten genommen. Wie die Unklagen damit hereinfallen können, zeigt sich gerade an diesem Fall eklatant. Der uns von Treffert unterzubehobene Satz ist nämlich weder von der Redaktion des „Korr.“ noch von einem Buchdrucker im „Korr.“ geschrieben worden. In Nr. 83 vom vergangenen Jahre haben wir in einem

Artikel unsern Kollegen zu Gemüte geführt, was das Organ der Bauarbeiter („Der Grundstein“) den beiden sozialdemokratischen Blättern in Elberfeld und Solingen über ihr Verhalten gegenüber unserer Organisation in Sachen des Scherl-Konfliktes recht deutlich ins Stammbuch schrieb. In 62 eingezogenen Zeilen, denen sogar die Quellenangabe in Sperrdruck vorausging, gaben wir das von starkem Interesse für unsere Zarigemeinschaft diktierte Urteil des „Grundstein“ wieder, und darin befand sich im ersten Drittel das von Treffert wider besseres Wissen und zugegebene Zitat im vollen Wortlaut also: „Wir lassen keine Gelegenheit vorübergehen, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Partei näher zu bringen, sie zum Lesen der Parteipresse zu bewegen, und dann sollen sich die Gewerkschaften von derselben Presse, für die sie wirken, solche Beschimpfungen gefallen lassen.“ Also gleich zwei hanedüchene Treffertische Fälschertumme: erstens hat der „Korr.“ jene Äußerung überhaupt nicht getan, und zweitens ist sie vom „Grundstein“ zu einem ganz andern Zwecke gebraucht worden. Die rheinisch-westfälischen Prinzipale, die ebenso unbefugt wie sachlich unbedeutend dem „Korr.“ gegenüber sich als vorzügliche Zensurbehörde gerieren, haben allen Anlaß, das Material des Gutenbergbundes mit großem Mißtrauen zu betrachten. Denn obendrein noch gewissenlosen Fälschungen zum Opfer zu fallen, würde doppelt schmerzhaft sein.

In Nr. 28 des „Typ.“ wendet, wie wir schon einmal angemerkt haben, Treffert zum zweiten Male den Eid an, einen in ähnlichem Sinne gehaltenen Auspruch des Nationalsozialen Tischendörfer als eine feststehende Behauptung des „Korr.“ auszugeben. Als wir Tischendörfer mit seiner Meinung zitieren, war es selbst für einen Unschönen außer Zweifel, daß der „Korr.“ damit die Unstichhaltigkeit eines deutlich genannten andern wieder gab. Die Ungelegenheit selbst ist weniger wichtig als die vorstehende. Zur Charakterisierung von Trefferts journalistischen netten Gepflogenheiten gehört indes diese nochmalige Erwähnung. Auch zur Warnung für die auf das blinderische Anlagematerial Hereinsallenden.

Zu den weniger großen Nummern, die indes immer noch bezeichnend genug sind für die bei Treffert in täglichem Gebrauche befindlichen Fälschertumme, kann der Kühne Versuch gelten, aus zwei in der „Zeitschrift“ erschienenen signierten Artikeln über den (noch bestehenden) Konflikt in der Stereotypenfabrik der Firma Julius Klinshardt in Leipzig eine Parallele zu ziehen zwischen dem Vereine der Schriftgießereien und dem Gutenbergbunde hinsichtlich ihrer rechtlichen Stellung in der Zarigemeinschaft. Wenn da in dem einen Artikel gesagt worden ist, es könne niemand zugemutet werden, sich Verbindungen zu unterwerfen, bei denen er kein maßgebendes Wort mitzusprechen habe, so ist das an sich nicht richtig, denn dem Schriftgießereiverein ist eine Einladung zu den Tarifverhandlungen zugegangen. Er hat sich also der Möglichkeit begeben, ein Wort mitzusprechen. Der Gutenbergbund aber hat doch seinen Vorstehenden entsandt. Wenn dieser jedoch alles so gut und schön von den Gehilfenvertretern wahrgenommen fand, daß ihm fast gar nichts zu sagen verblieb, dann kann von einer Entfälschung der Rechte gar keine Rede sein. Das Fälschertumme Trefferts liegt jedoch in der Konstatierung, die „Zeitschrift“ habe dem Vereine der Schriftgießereibesitzer hier ein Zugeständnis gemacht, daß sie dem Gutenbergbunde vorenthalte, obwohl beider Sache auf das gleiche hinauslaufe. Treffert ist nicht so einfältig, als daß er nicht wissen würde, daß jene beiden Artikel von interessierter Seite stammen. Er bezugiert aber gottesfürchtig und dreist darauflos und „beweist“ der „Zeitschrift“ Inkonsequenz und Ungerechtigkeit gegenüber dem armen Bunde.

Schlechtere Bedeutung haben dagegen die Treffertischen salsarischen Kniffe, um die biederlichen Bündler auf ihrem Helbenzuge der Streikbrecherei als Unschuldlammer erscheinen zu lassen. Da ist dem edlen „Typ.“ in Nr. 115 nachgewiesen worden, daß er der deutschen Prinzipalität unter Verufung auf Bestimmungen im deutschen Tarife Terrorismusfaktoren erzählt hat, die sich erkens überhaupt nicht in Deutschland, sondern in Tirol zugetragen haben und zweitens auch noch einen andern Hergang hatten. In Nr. 118 des „Korr.“ konnte eine infame Verächtlichmachung biederlicher Verbandsmitglieder in Innsbruck zurückgewiesen werden mit der Feststellung, daß ein „christlicher“ „Kollege“ einem andern mit der Ahle ein Auge austach, wie aus der Schwurgerichtsverhandlung klar ergab. Weiter war dem „Typ.“ in Nr. 124 durch Gegenüberstellung des Wortlauts nachzuweisen, wie er in betreff des Konfliktes in der fälscherbischschäftigen Druckerei in Olmütz eine Auslassung des „Korr.“ gräßlich gefälscht hat. Treffert hat diese moralischen Ohrfeigen hinzunehmen wie so viele zuvor. Seine „christliche“ Gesinnung kann schon einen Buß vertragen. Also begnügt man sich, Allgemeinmährchen in die Welt gesetzt zu haben. Indes aus der Zuversicht, daß das für den Verband „nieberschmetternde“ Material ja doch von allen als wahr hinzunehmen wird, die dem Bund ein nur gelbes Gewerkschaften erklärliches Interesse befunden, dürfen einmal Trugschlüsse werden.

In den Nrn. 86 und 107 haben wir den „Christen“ Treffert an dem Riesenschwindel mit dem alten Verbandsmitgliede, das die Artikel einer bestimmten Zeitung ihrer reaktionären Tendenz wegen nicht zu sehen vermochte, lieber die Kondition verließ und dem Verbande nun zum Vorwurfe macht, daß er durch Stehenlassen seiner Mitglieder in solchen Offizinen gar den Rückschritt fördere, in seiner ganzen Größe vorgestellt. Treffert hatte bekanntlich diesen klar und deutlich als die Ansicht eines Prinzipals gekennzeichneten Artikel als die

freie Lat eines Verbandsmitgliedes ausposaunt und natürlich wieder vor dem Verbandsrat gefällig gemacht. Obendrein verfuhr er fälscherlich, daß jenes Verbandsmitgliedes“ schürriue Umwandlung in das Jahr 1862 zurückfällt, wo es noch gar keinen Verband gab. Daß wir ihm in Nr. 107 dann den alten Revolutzler als Gutenbergbundfreund vorstellen konnten, der im „Typ.“ gern Gehilfen sucht, ließ den Wahrheitsfreund Treffert immer mehr in die Tinte geraten.

Obwohl wir eine solche Christlichkeit nach Bekanntwerden dem Treffert zu Gemüte führten und der Öffentlichkeit diese kräftige moralische Ohrfeige eines M. Glabacher Prachtexemplars gern zur Kenntnis brachten, hat Trefferts hochchristliche Gesinnung seitdem wieder eine ganz nieberträchtige Schwimdbel im „Typ.“ verübt. In Nr. 33 erschien ein „Sozialdemokratische Moral“ überschriebener Leitartikel. Darin wird ausgeführt, daß ein die Scheinverträge begünstigendes neues Urteil des Reichsgerichts den Befall des „Korr.“ gefunden habe. Damit aber nicht genug, wird noch, wofür einige solcher Verträge im angeblichen Wortlaute mitgeteilt wurden, gesagt, daß derartige Scheinverträge für sozialdemokratische Redakteure üblich seien, um über sie verhängte Geldstrafen hinfällig zu machen. Der „Typ.“ geht noch hinzu: „Das freut den Korr.“, daß einem großen Teile der roten Redakteure jetzt nicht mehr bezukommen ist. Aus einer Notiz im „Korr.“ Nr. 71, 1912, geht das deutlich hervor. Wir bitten, nun sich selbst einmal von dem Inhalte der Rundschautozit mit der Signatur, Gültigkeit von Scheinverträgen“ in Nr. 71 zu überzeugen. Da ist ohne ein Wort der Kommentierung von jenem Reichsgerichtsurteile Mitteilung gemacht worden. Es wird von Versuchen gesprochen, die verschuldeten Angestellte oftmals in dieser Richtung unternommen haben. Die Rechtspredung habe derartige Verträge bisher als gegen die guten Sitten verstößend angesehen, das Reichsgericht inbussen erklärte sie nun für zulässig. Sachlicher kann eine Mitteilung gar nicht abgefaßt werden. Nicht mit einer Silbe ist in unzer Notiz von dem die Rede, was der „Typ.“ von ihr behauptet; ja, es kann das nicht einmal hineingelesen werden, so streng sachgemäß ist sie abgefaßt. Wir wissen sogar heute noch nicht, welche Art von Scheinverträgen der Beurteilung des Reichsgerichts vorlagen, ob die vom „Typ.“ gemeinten, uns ganz unbekannt, oder andre, die man als ebenso zweifelhaft ansehen müßte. Die Notiz ist uns von vertrauenswürdigem Seite zugegangen und fand so Aufnahme. Man mache sich nur einen Vers darauf, daß Treffert in seinen unerreichten Fälschertummen uns deutlich Freude äußern läßt, sitemalen nun den roten Redakteuren“ nicht bezukommen sei. Und der Mensch besitzt wiederum die Kühnheit, unsere Notiz so zu bezeichnen, daß sie jeder nachlesen und den „christlichen“ „Typ.“-Redakteur als einen ganz gewöhnlichen Fälscher erkennen kann! Ob sich diese sehr erbauliche Geschichte auch unter dem Titel „Unklugematerial“ des „Korr.“ gegen den „Korr.“ befunden hat, vermögen wir zwar nicht zu sagen, aber wissen möchten wir es doch gern, um uns dann auch über diesen Reinsfall freuen zu können.

Die ganze Niedrigkeit dieser edlen Seele offenbart sich jedoch, wo in dem angezogenen Artikel an einer uns unbekanntem Schrift über sozialdemokratische Moral bezugiert wird. Dem Treffert ist der orthobogen Katholiken passiert dabei das Maßheur, mit der Verwerfung solcher Thesen auch den Passalchen Grundbau der Jesuiten. Der Zwer heiligt die Mittel“, in den Orkus zu schleudern. Aber der in Paraphrasen eingefügte Satz (Aussetzungen wie im Original): Wenn also Mitglieder des Buchdruckerverbandes geheime Drucksachen — etwa gar aus der Reichsdruckerei — auf den Redaktionsstisch des „Vorw.“ schiegen lassen, dann ist das nach sozialdemokratischer Moral eine Lo benswerte Tat.

Läßt diesen Menschen mit einem abscheulichen Charakter behaftet erscheinen. Der Vergleich ist nicht nur gewaltsam gewählt, sondern es spricht auch eine derartig schmutzige Denunziationslust daraus, daß anständigen Menschen ill davon wird. Treffert, der solche Gsosen mit M. Glabacher früher Berechnung fertig bringt, ist aber der geistige Anwalt des angeblich von christlicher Weltanschauung erfüllten Gutenbergbundes. Und wegen dieses „christlichen“ Gutenbergbundes mit hätten beinahe die rheinisch-westfälischen tonangebenden Prinzipale ihre Organisation sprengt!

Treffert zeigt sich nur einigermaßen anständig, wenn er aus dem „christlichen“ Zentralblatt“ oder der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ Artikel glatt abdruckt, womöglich mit der gleichen Überschrift, stets aber ohne jeden Quellenhinweis. Sobald er selbst zur Feder greift, türmen sich die Unbildenstreich über wimmel es von salsarischen Kniffen. Der Gutenbergbund kann stolz sein auf diesen Moralhelden und Wahrheitsjüger. Wir aber freuen uns, daß er gerade auf den Treffert gekommen ist, denn der Mann im Vereine mit einigen andern Größen unter den blinderischen Kleingelstern verhindert an grundlichsten, daß der Bund eine andre als seine stark anklagliche Bedeutung erhält.

Vom Splitter und Balken.

Es ist eine alte Erfahrung, daß man leicht geneigt ist, einen Splitter im Auge des andern zu sehen, ohne den Balken im eignen zu bemerken. Zu dieser Erkenntnis kommt unwillkürlich, wer das Klage lied über die Gehilfen, das jetzt allenthalben in Prinzipalstreffen angestimmt wird, vernimmt.

So wurde erst kürzlich wieder bei einer Prinzipals- tagung auf die Schwierigkeiten hingewiesen, auf die man bei den Geßlisen stoße, wenn das Rechnen an der Sezmachine eingeführt werden soll. Es wird wohl niemand gutheißen, wenn von irgend einer Seite Widerstand gegen das durchaus tarifliche Verlangen des Berechnens an der Sezmachine geleistet wird, sobald den dafür geltenden tariflichen Bestimmungen Rechnung getragen wird. Wo jedoch die Ursachen zu diesem vermeintlichen Widerstande zu suchen sind, darüber gibt folgender Satz aus dem Bericht über die gedachte Prinzipalsversammlung Aufschluß: „Zu einem bestimmten Zeitpunkt müßte das Berechnen allgemein eingeführt werden.“ Also die Voraussetzungen und die Durchführbarkeit des Berechnens in den einzelnen Betrieben kommen gar nicht in Frage, das Berechnen soll eben eingeführt werden.

Wir sind der Meinung, daß Druckerente, die in dem Rechnen an der Maschine einen Fortschritt für die technische Herstellung und für das Geschäft erblicken, ganz von selbst zu dieser Maßnahme schreiten werden, wenn nur die Möglichkeit dazu gegeben ist. Eine generelle Durchführung solcher Maßnahmen aber ohne Beachtung der in Betracht kommenden Begleitumstände dürfte wohl nicht selten die Ursache zu den Schwierigkeiten bilden, auf die man dann gegebenenfalls stößt.

Die mit allem Nachdrucke geforderte Vorliebe für das Rechnen an der Sezmachine steht zudem in einem auffallenden Widerspruch zu der weniger künstlich herbeigeführten Abneigung gegen das Rechnen im Handfabe. Wenn die Arbeitslosigkeit so groß ist wie in diesem Jahre, hinterlassen solche kranphafter Bemühungen extra noch einen unglücklichen Eindruck.

Breslau.

H.1.

Zur Siedlungsfrage.

Kollege Dreher (München) bezweifelt in Nr. 102 des „Forr.“ die Wichtigkeit der Berechnung des Kollegen ∇ , der den erzielbaren Ertrag von 800 qm Gartenland auf 120–200 Mk. jährlich schätzt neben reichlichem Selbstverbrauch. Ich bin in der Lage, aus der Praxis die Berechnung des Kollegen ∇ als zutreffend bezeichnen zu können. Jedoch mit der Einschränkung, daß die Bewirtschaftung des Gartens mit Fleiß, Umsicht und Geschick geschehen muß, wenn dieser Erfolg erzielt werden soll. Nicht jeder Laie darf erwarten, ohne weiteres und von Anfang an die höchste Leistung zu erzielen, denn alles im Leben will gelernt sein — erfolgreicher Gartenbau nicht zuletzt. Ausdauer, Idealismus und Lust und Liebe zur Sache sind unbedingt notwendig.

Kollege ∇ hat wahrscheinlich seine Angabe einer Mitteilung aus der Obstbaukolonie „Eben“ in Oranienburg entnommen, wo ein Anführer, der von Verursachung ist, das erwähnte Resultat erzielt. Ich selbst habe in der letzten Saison 2800 qm Garten, wobei von einer intensiven Nutzung nicht die Rede sein kann, weil mir dafür die nötige Zeit fehlt. Meinen Eigenverbrauch bemerke ich nach genauer Aufstellung mit 250 Mk. pro Jahr für Obst, Beerenobst und Gemüse und komme einschließlich deselben in guten Jahren auf 20 Pf. Ertrag pro Quadratmeterfläche.

Mit Gemüse bepflanzt gibt der Quadratmeter nicht weniger Ertrag. Das Geheimnis liegt eben in der guten und sicheren Verwertung durch eignen Konsum. Muß ich als Erwerbsgärtner alle Erzeugnisse verkaufen, so wird manches mangels Verwendbarkeit wertlos und brüdt die Ertragsziffer herab. Hier müssen eben Hausvater und Hausmutter zusammen wirken. Aber ist das nicht die idealste Beschäftigung und statthafte Nebenerwerbsbetätigung in der teuren Zeit?

Den größten Gewinn jedoch stellt der Posten dar: Ersparnis an Ausgaben bei Ausflügen und Spaziergängen, die auch dem sparsamen städtischen Hausvater an Fahrgeld, Stiefelsohlen usw. entfallen, ersparte Bier-, Zigaretten- und Katzentrafen sowie manche Doktorrechnung, weil wir auf dem Lande bei der Gartenarbeit gesünder und froher leben. Und das nicht zum Schaden des Verbandes! Der meist etwas längere Weg zur Arbeitsstätte ist wahrlich nicht so schwer erkaufte gegenüber den Vorteilen, die wir dafür haben, daß wir auf dem Lande wohnen können.

So gehe jeder, der Interesse an der Siedlungs- oder Gartenstadtbewegung hat, hin und schließe sich einer bereits bestehenden an oder rege Gleichgesinnte an, eine solche Genossenschaft zu gründen. Aber vorsichtig und abwägend sei man dabei! Der Gewerkschaft als solcher soll man die Gründung nicht zumuten. Wenn aber die beteiligungslustigen Mitglieder einer Gewerkschaft, als Genossenschaft organisiert, gegen gute Sicherheit und Zinsen gewerkschaftliche Mittel zur Durchführung benötigen, dann sollten diese in angemessenem Umfange dazu bewilligt werden. Ein Kolonist.

Umerkung der Redaktion: Wie in einer unlängst veröffentlichten Briefkastennote bereits erklärt, tritt mit dem vorstehenden Artikel Schluß über dieses Kapitel ein.

Das Buchgewerbe im Auslande.

Italien. Am 28. Oktober wurde, wie von uns bereits kurz mitgeteilt, in Mailand der allgemeine Streik der Bucharbeiter proklamiert. Über die Ursachen und den Streik schreibt uns noch unser italienischer Mitarbeiter: Mit dem Friedensschluß in Tripolitanien gehen anscheinend die Feindseligkeiten auf dem Tarif-

kriegsschauplatze los. Seit einiger Zeit rüsten sich neben einigen kleinen Sektionen die von Turin, Florenz, Bologna, Palermo, Mailand, um ihre abgelassenen Tarife den Feuerungsverhältnissen etwas mehr anzupassen. Der bekanntlich mit einem fast vierwöchigen Streik errungene Tarif in Turin ist bald abgelassen und die Kommission hat in aller Stille fest an dem neuen Projekte gearbeitet. Es seien daraus nur die Forderungen auf 33 $\frac{1}{2}$ Proz. Erhöhung des Lohns, Anerkennung des Verbandes und seines Arbeitsnachweises, Aufhebung des Berechnens für Metzeure und für den Satz mit Monotypbuchstaben, hervorgehoben. Die Prinzipale verhalten sich noch ziemlich reserviert. — Über das Ergebnis in Florenz wurde bereits berichtet. — In allernächster Zeit werden auch die Kollegen in Bologna ihr Urteil über das bereits festgesetzte Projekt der Tarifkommission zu fällen haben. — Der schlechteste aller Tarife ist der von Palermo. Hier beträgt das Minimum noch 22,50 Lire bei gehaltreicher Arbeitszeit. Teilt man diese Summe in sieben Tagesteile (3,22), zieht 1 Lire Miete und 15 Cent. Verbandsbeitrag ab, so bleiben ganze 2,07 Lire. Bei einer nur kleinen Familie von drei Personen kommen auf jede für Essen, Trinken, Kleidung und sonstige Bedürfnisse täglich 75 Cents! Einem weiteren Kommentars bedarf es dazu nicht.

Aber die Vorarbeiten und die Gehilfenforderungen für Mailand wurde bereits im „Forr.“ berichtet. Die dortigen Prinzipale hatten ebenso wie die Geßlisen einen eignen Tarifentwurf aufgestellt. Daß die Wünsche beider Parteien in diesen Entwürfen sehr weit auseinandergingen, haben wir durch ziffernmäßige Gegenüberstellungen nachgewiesen. Den Anstoß zum Ausbruch des allgemeinen Streiks gab die von den Prinzipalen erstrebte Einführung von zwei unterschiedlichen Tarifen für Zeitungs- und andere Betriebe. Der Verlaß der Bewegung ist für den italienischen Verband von größter Bedeutung. Die Mailänder Sektionen bilden seine Hauptstütze, denn diese haben sogar die Hauptstadt weit überflügelt. So zählen die Sezer 1850 Mitglieder, die Drucker 1200, die Stereotypreure 100, die Speditreure 200, die Hilfsarbeiter ebenfalls 200, alle Sektionen zusammen etwa 3550 Mitglieder. Mailand ist das Hauptindustriezentrum des Landes und hat mit 600000 nach Neapel die meisten Einwohner aller Städte. Hier erscheint eine ganze Anzahl großer Zeitungen, wie „Corriere della Sera“ (zwei Ausgaben täglich 8–10 Seiten, Auflage 500000), „Secolo“ (250000 Auflage), „Sera“, „La Lombardia“, „La Perseveranza“, „Il Sole“, „Avanti“ (sozialdemokratisches Zentralorgan) usw., neben illustrierten in Schwarz- und Mehrfarben. Die Verhandlungen der gemischten Kommissionen gehen sehr in die Länge und bleiben bis zum Tage des Tarifabschlusses (27. Oktober) ohne Resultat. Ein Haupthindernis bildete die Forderung der Zeitungs-Geßlisen, die die Kollegen, die mit der Herstellung von Zeitungen beschäftigt sind, einen Sonder- und privilegierten Status zu gewähren, damit eine Erklärung im Falle von Streikungen bei Streiks usw. verhindert würde, denn eigentlich gehörten die Zeitungshersteller in einen andern Verband als in den der Bucharbeiter, meinte der „Corriere della Sera“: Da, wie gesagt, die Verhandlungen kein Resultat zeigten, verlangten die Geßlisenvertreter (wenigstens ein Teil) eine Fristverlängerung von acht Tagen zur Weiterberatung des Tarifs. Zu diesem Zwecke wurde eine Versammlung einberufen, um darüber zu entscheiden. Da das Resultat ein zweifelhaftes war (es hatten daran die 200 Konditionslosen und die dritte Kategorie teilgenommen, denen das Recht, an einer Abstimmung teilzunehmen, nicht zustift), wurde dem Statut entsprechend eine Urabstimmung beschlossen. Diese vollzog sich am 26. und 27. Oktober auf der Arbeiterkammer. Am Abend des 27. Oktober fand noch eine Versammlung zur Bekanntgabe des Resultats statt, das viel Überraschung brachte. Die nachgesuchte Fristverlängerung von acht Tagen wurde mit 965 gegen 847 Stimmen abgelehnt. Bedauerlich ist an diesem Beschlusse nicht nur die geringe Mehrheit von 118 Stimmen, sondern vor allem die schwache Beteiligung. Von etwa 3550 Mitgliedern machten in so erster Stunde nur 1312 Kollegen von ihrem Rechte der Urabstimmung Gebrauch! Bestimmt würde bei besserer Beteiligung die Verlängerung bewilligt worden sein. Wegen die Verlängerung stimmten vor allem Sezer und Maschinenmeister, während die in Zeitungen Beschäftigten dafür waren. Nach Bekanntwerden dieses Resultats saßen sich die Kommissionsmitglieder, die die Verlängerung nachgesucht hatten, moralisch verpflichtet, zu demissionieren. Sie werden nur noch so lange im Amte bleiben, bis für sie Ersatz gewählt worden ist. Nach einigen Zeitungsmeldungen soll auch das Zentralkomitee beabsichtigen, sein Amt niederzulegen. Die letzte Hoffnung auf Vermehrung des Streiks wurde nun auf eine am Montagmorgen (28. Oktober) angesetzte Versammlung gesetzt, die aber, wie schon gesagt, den Streik proklamierte. Nachdem die Würfel gefallen, ist zu hoffen, daß durch Einigkeit und Zusammenhalten der Ausständigen der im ersten Moment übereilt scheinende Schritt schließlich mit einem annehmbaren Resultat ausseht.

Wie uns im Anschlusse hieran noch telegraphisch mitgeteilt wurde, ist bereits bezüglich der Zeitungsdrucker eine Einigung zwischen den Mailänder Prinzipalen und Gehilfen erzielt worden, wodurch das Weiterarbeiten der Zeitungen ermöglicht wird. Am Mittage des 29. Oktober hat das Personal der täglichen Zeitungen, bestehend aus 332 Arbeitern, die Arbeit wieder aufgenommen mit Zustimmung der Streikkommission. Da die Inhaber einiger anderer Druckereien, welche dem Verbands der Buchdruckerbesten nicht angehören, verlangt haben, sich mit der Vertretung der Ausständigen zu ver-

bindigen, wurden provisorische Tarifpositionen festgelegt. Ungefähr 300 Gehilfen arbeiten bereits zu diesen Bedingungen. Von 2950 Buchdruckergehilfen, die Verbandsmitglieder sind, beteiligten sich 2920 am Streik. Am 31. Oktober ist eine Abordnung der Tarifkommission mit den Vertretern der Administratoren der täglichen Zeitungen zusammengetreten, um den Tarif für das Zeitungspersonal definitiv festzulegen. Im übrigen dauert der Ausstand noch fort.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht.

Verlust des rechten Ringfingers und Arbeitsfähigkeit.

In der Rechtsprechung der Arbeiterversicherung ist bekanntlich von mehreren Jahren eine Wendung zumgunsten der Versicherten eingetreten. Früher galt der Grundsatz, daß jede Beschädigung des Körpers oder eines Gliedes eine Herabsetzung der Arbeitsfähigkeit bedeute und zum Ausgleich des wirtschaftlichen Schadens mit einer Rente zu entschädigen sei. Diesen Grundsatz hat das Reichsversicherungsamt seit vielen Jahren aufgegeben. Jetzt heißt es, daß Verletzte sich in weitgehendem Maße an Beschädigungen gewöhnen und durch Gewöhnung ihre Arbeitsfähigkeit auf der früheren Höhe erhalten oder doch bald wieder dahin bringen können. Die Annahme, daß durch Gewöhnung die durch Verlust oder Beschädigung eines Gliedes verursachte Herabsetzung der Arbeitsfähigkeit ausgleichend werde, kommt in immer wachsenderem Maße zur Anwendung.

Der Schriftföher S. in Frankfurt a. M. hatte durch einen Betriebsunfall im Jahre 1904 den Verlust des Ringfingers und die Versteifung des Kleinfingers der rechten Hand erlitten. Hierfür bezog er von der Buchdruckerberufsgenossenschaft anfangs 33 $\frac{1}{2}$ Proz. Rente, die bald auf 20 und im Jahre 1907 auf 15 Proz. herabgesetzt wurde. Erfahrungsgemäß ist bei Finger-Verletzungen nach drei Jahren der Dauerzustand eingetreten und auch die Gewöhnung ist soweit erfolgt, wie sie überhaupt möglich ist. Es konnte daher erwartet werden, daß die Rente von 15 Proz. dem Verletzten für immer verbleiben werde, da eine wesentliche Besserung, die allein doch eine Kürzung oder Entziehung der Rente begründen kann, nicht mehr möglich war. Die Buchdruckerberufsgenossenschaft war anderer Meinung. Nach vier Jahren stellte sie beim Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung zu Wiesbaden den Antrag, die Rente zu entziehen. Die Begründung für den Antrag war die Kräftigung der Muskulatur. Ferner, so sagte die Genossenschaft, ist durch Anpassung und Gewöhnung eine weitere Besserung eingetreten, so daß angenommen werden muß, daß wirtschaftlich im Vergleich mit dem Unfallzustand nicht mehr vorhanden sind. Und das Schiedsgericht hatte gar kein Bedenken, dem Verlangen der Genossenschaft zu entsprechen. Die seltsame Begründung dieses Urteils sagt: „Nach dem Gutachten des Dr. F. ist zwar objektiv eine Veränderung im Zustande des S. gegenüber dem Befunde, wie er für die Bemessung der 15prozentigen Rente maßgebend war, nicht eingetreten. Dagegen unterliegt es keinem Zweifel, daß gegen damals die subjektiven Beschwerden geringer geworden sind und daß S. sich in der seit dem Unfälle verstrichenen Zeit von beinahe sieben Jahren vollkommen an den Verlust des rechten Ringfingers und an die noch vorhandene teilweise Versteifung des rechten Kleinfingers gewöhnt hat. Mit dem Eintritte der Gewöhnung ist sicherlich aber auch die normale Gebrauchsfähigkeit der verletzten Hand wiederhergestellt und S. kann dieselbe offenbar wieder in gleichem Maße bei der Ausübung seiner Berufsarbeiten zum Ergreifen und Festhalten verwenden wie vor dem Unfälle. . . . Daß S. den Verlust des rechten Ringfingers und die teilweise Versteifung des rechten Kleinfingers bei einzelnen Arbeiten vielleicht hin und wieder noch föhrend empfindet, soll nicht in Abrede gestellt werden. Dies sind aber nur noch Unbequemlichkeiten, welche den Anspruch auf die Weitergewährung einer Unfallentschädigung nicht rechtfertigen können.“ Das Urteil kann den Beweis einer Besserung nicht bringen, muß vielmehr zugeben, daß der objektive Befund unverändert ist. Wendungen wie: „es unterliegt keinem Zweifel, daß die subjektiven Beschwerden geringer geworden sind“, und „sicherlich ist auch die normale Gebrauchsfähigkeit der Hand wiederhergestellt“, sollen aber nicht Gründe für ein Urteil sein. Das sind unbewiesene Behauptungen und Annahmen, die auch nicht durch den noch im Urteil enthaltenen Hinweis auf die Stärke der Muskulatur des rechten Armes gestützt werden.

Trotz aller Erfahrungen mit der unglücklichen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts rechnen wir mit einer Kassierung dieses Urteils. Die Hoffnung wurde enttäuscht. Mit Urteil vom 26. September 1912 bestätigte das Reichsversicherungsamt die Entscheidung des Schiedsgerichts. Vergeblich sucht man in dem Urteile nach einer Würdigung der Bedeutung des völligen Verlustes des Ring- und der Versteifung des Kleinfingers der rechten Hand für einen Schriftföher. In Urteilen der höchsten Instanz und auch in diesem Falle wieder ist sehr häufig die Wendung anzutreffen, daß nach Prüfung des Sachverhalts kein Anlaß gewesen sei, von der Entscheidung des Schiedsgerichts abzuweichen, da diese die Sach- und Rechtslage zutreffend würdigt. Der Rekursant nimmt gleichfalls vollkommene Gewöhnung an und ist überzeugt, daß eine wirtschaftlich meßbare Beschränkung der Erwerbsfähigkeit des Verletzten nicht mehr vorhanden ist.

Unsre Kollegen als Sachverständige werden über die Bedeutung einer so erheblichen Verletzung, wie sie hier in Frage steht, anders urteilen. Dem Reichsversicherungsamt ist zu wünschen, daß im Interesse seines Ansehens dieses unzutreffende Urteil keine Nachfolger findet. H.

Volkswirtschaft.

(Schluß.)

Daß man sich nicht ungestraft und ohne schweren Schaden zu erleiden der wirtschaftlichen Entwicklung entgegenstemmen darf, das mußten in den letzten Wochen ganz besonders auch jene Fleischmeister in Berlin und in anderen Städten erfahren, die durch „passiven Widerstand“ den Vertrieb ausländischen Fleisches zu vereiteln suchten. Verletzung, Boykott und Sabotage waren ihre Waffen. Über die Wirkung dieser syndikalistischen Kampfesweise der Fleischmeister hat man besonders aus Berlin sehr erbauliche Sachen in der Tagespresse lesen können. Denn dort kam es wegen des Verhaltens der Fleischmeister in verschiedenen Markthallen sogar zu äußerst turbulenten Szenen. Es sollte von der Stadtverwaltung zur Einführung gebrachten russischen Fleisch zum Verkauf kommen, und viele Hunderte von Frauen aus den ärmeren Volksschichten standen stundenlang geduldig vor den Toren der Markthallen, um endlich einmal für billiges Geld ein Stück Fleisch zu bekommen. Und dann stellte es sich heraus, daß in letzter Minute die größte Zahl der Fleischmeister sich weigerte, das russische Fleisch zu verkaufen. Darauf machte sich begreiflicherweise die Empörung der genasführten und zum Teil noch von den Fleischmeistern verhöhten Frauen in gefährlichen Utadaen auf die Verkaufsstände lust. Und diese „Weiberrevolte“, wie der Vorgang von rechtsstehenden bürgerlichen Blättern in geschmackloser Weise bezeichnet wird, fand z. B. in der nationalliberalen „Vortmunder Zeitung“ vom 24. Oktober folgende Würdigung: „Die Wegger haben in unverantwortlicher Weise in allerletzten Augenblicke zum Teil sich geweigert, einer übernommenen Pflicht nachzukommen, so daß die Frauen meistens vor Stände kamen, an denen nichts von billigem Fleische zu sehen war. Daß es bei solcher Sachlage zu Ausschreitungen kommen müsse, hätten sich die Wegger sagen können, die aber anscheinend im letzten Augenblicke befürchteten, durch das wohlfeilere russische Fleisch würden auch sie am Ende zu Preisabschlüssen gezwungen werden. Wie sie den Karren verfahren haben, werden sie jetzt an ihren demolierten Ständen nachrechnen können. Daß die Frauen, zum größten Teil Arbeiterfrauen aus dem Norden, die das Leben jeden Tag rauh anpackt, und die darum auch ihrerseits rauh zupacken, wenn sie von morgens um 6 Uhr in der kalten Herbstdämmerung warten, wenn sie dadurch von den Weggern selbst verhöhnt und von ganz unverantwortlichen Schlächtern täglich gereizt werden, dann in explosiver Weise reagieren, kann keine Menschenwürde berühren. Das Gegenteil wäre ein Mittel gewesen. Der Magistrat aber, der eine menschenfreundliche, notwendige Maßnahme im Gegenteil verkehrt sieht, möge aus dem heutigen Tage die Lehre ziehen, daß man nicht nur herbeischaffen, sondern auch den Verkauf organisieren muß. Die Herren der Stadtverwaltung, die heute morgen unterwegs waren, haben wohl eingesehen, daß die Wegger eine nicht sehr opferwillige Junst sind, die keine agrarische und keine antiagrarische Politik treiben oder auf eine solche festzulegen sind, sondern denen die Geldfrage, die der Wegger stets im Rücken auf dem Tisch wirft, oder am Gurt trägt, auch heute noch als Wappen gilt. Papierner Ausmachungen mit den Weggern nützen nichts. Der Magistrat fasse sie da, wo sie am weishesten sind, und vereinbare Konventionen für jeden, der nachträglich hufen will. Sonst dreht ihm die Weggerinnung noch manchmal das Schillerwort so um, wie es für den heutigen Tag gegolten hat: kein Schlachten war's, doch eine Schlacht zu nennen.“ Wir müssen es uns verlagern, die Berliner Vorgänge noch ausführlicher zu schildern, die Tagespresse hat das schon zur Genüge getan. Die Hauptfrage ist, daß sich der Berliner Magistrat unter Leitung des neuen Oberbürgermeisters Wermuth von den Fleischmeistern nicht verblüffen ließ, sondern seinen Willen, der Bevölkerung billiges Fleisch zu verschaffen, mit oder ohne Weggermeister durchsetzte. Über auch in anderen Städten zeigten sich die Weggermeister kurzschichtig und hochbeinig wie ihre Berliner Kollegen, jedoch fast überall mit dem gleichen negativen Resultate. Selbstverständlich fehlt es auch nicht an Stadtverwaltungen, die die Interessen der Fleischmeister mit jenen der großen Mehrheit der Bevölkerung verwechseln und mit Rücksicht auf die Meister vom Hackloß sich ganz bedeutend in der Zurückhaltung der sozialen Leistungen üben. Wir denken da besonders an Danzig, von wo kürzlich die Nachricht kam, die nach Rußland entsandte städtische Kommission zwecks Einkaufs russischen Fleisches sei ergebnislos zurückgekehrt, weil sie billiges Fleisch nicht hätte aufreiben können. Inzwischen ist die Ursache dieser vergeblichen Reise aufgeklärt; die Fleischernennung hat nämlich strikte abgelehnt, den Verkauf russischen Fleisches zu übernehmen, und die Kommission, die von der Stadt nach Rußland gesandt wurde, bestand aus dem Obermeister der Fleischernennung und dem Schlachthofdirektor. Dieser ist ein Herr mit einer konservativ-agrarisch gerichteten Anschauung, der meint, es sei gar nicht so schlimm mit der Fleischsteuerung, und die Schuld habe im wesentlichen die — Presse. Gefreulicherweise sind aber solche Erscheinungen volkswirtschaftlicher „Überreife“ sehr selten, soweit besonders die Verwaltungen größerer Städte in Frage kommen. Und

besonders interessant sind die Äußerungen einiger Oberbürgermeister, die auf eine entsprechende Interpellation der „Kölnischen Zeitung“ zu den Maßnahmen der Regierung gegen die Fleischsteuerung Stellung nahmen. Dem Oberbürgermeister Göbel (Heilbronn) gehen die Maßregeln der Reichsregierung nicht weit genug; insbesondere sollte ausländisches Gefrierfleisch zugelassen werden. Oberbürgermeister Böhle (Homburg) hält die Öffnung der Grenzen zur Einführung von lebendem Vieh und gefrorenem Fleisch und die Herabsetzung der Zölle für Futtermittel für unbedingt erforderlich. Oberbürgermeister Siegrist (Karlsruhe) sagt: Es bleibt nichts übrig, als dem Beispiel Englands und der Schweiz folgend, billiges überseeisches Fleisch in Massen einzuführen. Auf die Dauer wird es einfach unmöglich sein, der deutschen Bevölkerung dieses Nahrungsmittel vorzuenthalten. Eine Schädigung der deutschen Landwirtschaft wird daraus ebensowenig entspringen, wie sie in England eingetreten ist, wo im Gegenteil die einheimische Viehproduktion nach Einführung des überseeischen Gefrierfleisches einen großen Aufschwung genommen hat. Wenn aber die deutsche Landwirtschaft in Friedenszeiten nicht instand ist, die deutsche Bevölkerung bei erträglichen Preisen mit Fleischernahrung zu versehen, wie soll ihr dies in Kriegszeiten möglich sein, wo doch der größte Teil aus ihrer Arbeitskräfte unter die Fahnen gerufen, wo ein großer Teil ihrer Jungtiere und ihres Viehbestandes vom Heer in Anspruch genommen wird? Oberbürgermeister Voigt (Frankfurt a. M.) hält die Regierungsmassnahmen für völlig ungenügend und als eine Verlegenheitsmaßregel, die die Städte wegen der Einfuhrbeschränkung, und da die Erleichterungen nur vorübergehende Maßnahmen sein sollen, gar nicht ausgiebig durchführen können.

Nicht weniger interessant ist aber die Haltung der Agrarier. Der Deutsche Landwirtschaftsrat ankerte gegen die von der Weismannschen Regierung getroffenen Maßregeln zur Fleischsteuerung die schärfsten Bedenken und verlangte zur Abschwächung Ausschaltung jeder ausländischen Konkurrenz und des gesamten Zwischenhandels. Das Fleischergewerbe soll in die Rolle eines Kommissionsgeschäfts im Dienste der Agrarier gebrängt werden und die Stadtverwaltungen sollen durch den Abschluß von langfristigen Lieferungsverträgen den Junkern feste Viehpreise garantieren. Warum diese Herren so ungeniert solche Forderungen aufzustellen wagen, trotz der unbefreitbaren Fleischnot, trachten sie am 25. und 26. Oktober im preussischen Abgeordnetenhaus geflorenen Debatten über die Teuerung deutlich zum Ausdruck: Eine Interpellation der Nationalliberalen und eine solche der Fortschrittlichen Volkspartei ergab als einziges Resultat auf neue die Bestätigung, daß die Regierung des tonangebenden Bundesstaats in Deutschland in dem Wahne lebt, einem Agrarstaat und nicht einem Industriestaat vorzutreten. Die Rede des preussischen Abgeordneten, im Abgeordnetenhaus, Reichstages, war die folgende: jedes weitere Erleichterung des Fleischverkehrs und eine ostentative Zusage an die Agrarier, ihre Interessen in diesem Sinne unbedingt zu schützen. Im übrigen heiße es abwarten und sich mehr als bisher auf die Pflege der inneren Kolonisation und nach der Meinung des preussischen Landwirtschaftsmittels auf die Kaninchenzucht zu verlegen; das werde in absehbarer Zeit sich dazu führen, daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage sei, das deutsche Volk zu ernähren. Mit dieser Vermittlung des „Zukunftstaats“ nach preussischem Regierungspatente glaubt von Bethmann Hollweg zweifeln mit einer Klappe schlagen zu können. Einmal soll durch eine verstärkte Ansiedlungspolitik eine stärkere Fleischproduktion herbeigeführt werden und gleichzeitig der fortgesetzten Abwanderung vom Lande nach den Großstädten ein Paroli geboten werden. In einem Wenschenalter glaubt der Reichstagsler auf diesem Wege zu Resultaten zu kommen, die sich sehen lassen können. Inzwischen aber soll die Landwirtschaft geschützt und gestützt werden auf Kosten der Arbeiterklasse. Er meinte das in die Worte: Das Volk muß Opfer bringen für die nationale Wohlfahrt! Im Widerspruch zwischen Nation und Volk in anderem Sinne zu lösen, ist uns nicht möglich gewesen, trotzdem wir lange darüber nachgedacht haben. Wir konnten uns mit dieser Frage schließlich nur insofern abfinden, daß wir uns sagten: Ist es auch Unsinn, so hat es doch Methode!

Korrespondenzen.

Danzig. Am 19. Oktober fand sich auf Einladung des Vorstandes eine Anzahl Kollegen im Vereinslokale zusammen, um, wie allerorts, so auch hier eine Typographische Gesellschaft zu gründen. Nachdem Kollege Valbus auf die Zwecke und Ziele der Vereinigung hingewiesen hatte, sprachen sich wesentliche Kollegen dafür aus. Schließlich konnte die Gründung mit einer Mitgliederzahl von 37 vollzogen werden. Sodann schritt man zur Vorstandswahl. Mit einem Appell an die ihr noch fernstehenden jüngeren Kollegen und einem „Hoch“ auf das Wachsen, Blühen und Gedeihen des Vereins schloß Kollege Valbus die Versammlung. — Nach hiesigen, vergeblichen Versuchen, einen Kollegenverein hier am Ort ins Leben zu rufen, ist dieses nur endlich doch in die Tat umgesetzt worden. Nach den nötigen Vorarbeiten konnten wir in der am 19. Oktober abgehaltenen Gründungsversammlung eine größere Anzahl von Kollegen verzeichnen, welche sich in die Gründungskasse eingetragen hatten. Nach der vorgenommenen Vorstandswahl wurde dem Vereine der Name Gesangverein „Gutenberg“ ge-

geben. Möge er ein würdiges Glied des Ortsvereins werden; möge er ferner durch die tatkräftige Mithilfe aller Mitglieder des Ortsvereins eine Lebenskraft und Leistungsfähigkeit erlangen, die ihn befähigen, Kollegialität und Geselligkeit unter den Mitgliedern zu fördern, zum Nutzen unsrer ertlichen Verbandslebens.

Jg. Danzig. (Zum Situationsbericht.) Durch Zusammenreffen von Zufall und Mißverständnis sind in dem Bericht von Danzig in Nr. 126 des „Korr.“ einige Unstimmigkeiten enthalten, die wir hiermit richtigstellen: Der Ausschluß des Seyers Wolff erfolgte auf Grund des § 5, Absatz b und c (nicht c). In Zeile 20 muß es statt Neugründung seines Zentrumsorgans, „Gründung einer Aktiengesellschaft“ heißen. Ferner sei richtiggestellt, daß unter den bisher entlassenen Gehilfen sich noch keiner von den alten Kollegen befand, die bis zu 25 Jahren in dem Betriebe tätig sind.

a. Elmhorn. In unrer letzten Quartalsversammlung erstattete nach Erledigung der Eingänge und des Kassenerichts unser Gauvorsteher M. Krüger einen Bericht von der letzten Gauvorsteherkonferenz. In etwa zweistündigem Referate gab der Referent ein klares Bild über die Vorgänge im Pringspalslager seit der letzten Tarifberatung. Sodann behandelte der Referent eingehend die übrigen Berichtsgegenstände der Konferenz, welcher Beifall lohnte ihm für seine vorzüglichen Ausführungen. Eine Diskussion fand nicht statt. Beschlossen wurde die Einrichtung einer Reisekarte für die im Jahre 1914 in Leipzig stattfindende Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik; das weitere wurde dem Vorstand überlassen. Sodann wurde für unsern zu allseitigem Bedauern wegen Arbeitsüberhäufung zurücktretenden Gewerkschaftsbelegierten eine Ersatzwahl vorgenommen. — Im Anschluß an die Besammlung folgten mir unrer 14. Stiftungsfest. 23 hiesige Kollegen und drei älterer waren der Einladung des Vorstandes gefolgt und alle dürften von dem Gebotenen zufriedengestellt worden sein.

Sersford. Die am 19. Oktober stattgehabte Monatsversammlung war trotz der wichtigen Tagesordnung nur mäßig besucht. Unter „Vereinsmitteilungen“ machte der Vorsitzende auf die Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig im Jahre 1914 aufmerksam und wies auf die getroffene Sparanordnung hin. Hierauf nahm Gewerkschaftssekretär Schmidt das Wort zu seinem Referate: „Kann die Stadt Sersford die Arbeitslosenversicherung einführen?“ Aufmerksam folgten die anwesenden Kollegen den Ausführungen des Vortragenden und zollten ihm am Schluß seines dreiviertelstündigen Vortrags anhaltenden Beifall. Von einer Diskussion wurde abgesehen. Der Vorsitzende dankte dem Referenten im Namen der Versammlung. Dann berichtete der Vorsitzende Otto über die Vertrauensmännerkonferenz in Vießfeld. Nebenher verstand es in vortrefflicher Weise, in seinem fünfviertelstündigen Referat ein Bild über augenblickliche Situation im Gewerbe der hiesigen Städte der Gegend zu geben. Lobhafter Beifall wurde dem Vortragenden zuteil. Unter „Verschiedenes“ wurde vom Kollegen Lefemann angeregt, eine Typographische Vereinigung ins Leben zu rufen. Diese Anregung wurde von den Kollegen beifällig aufgenommen; eine nähere Besprechung hierüber soll noch stattfinden. Nach Erledigung einiger interner Punkte wurde die Versammlung geschlossen.

Kaiserslautern. Die vier letzten Versammlungen (Juli bis Oktober) hatten zahlreiche und wichtige Tagesordnungspunkte aufzuweisen, was aber doch einen Teil der Kollegen nicht abhielt, die Versammlungen zu schwächen. Gerade die jetzige Zeit sollte es den Kollegen doppelt zur Pflicht machen, sich immer auf dem laufenden zu halten. Die Versammlung am 20. Juli mußte leider wieder einen Kollegen ausschließen, der seine Verbindlichkeiten in größtlicher Weise verletzte. Kollege Leonhardt hielt einen Vortrag über „Strömungen im Buchdruckgewerbe“, wobei er sich besonders mit dem Inhalte des Kreises II des Deutschen Buchdruckervereins zur Dresdener Hauptversammlung beschäftigte. Ein anderer wichtiger Antrag betraf die Weiterversicherung der Konditionslosen bei der Ortskrankenkasse. Dieser Antrag wurde jedoch bis auf weiteres zurückgestellt. — In der Versammlung vom 24. August konnte eine Neuaufnahme vollzogen werden. — In der nur von 32 Mitgliedern besuchten Versammlung vom 21. September hielt Kollege Dahl einen Vortrag über „Volkswirtschaft“, wobei er die Praktiken der privaten Lebensversicherungsgesellschaften gebührend kennzeichnete. — Die Versammlung vom 12. Oktober hatte als Tagesordnungspunkt u. a. auch den Bericht über die Gauvorsteherkonferenz, den Gauvorsteher Fuß erstattete. In eineinhalbstündigem Referate berichtete er über die wichtige Konferenz. Allgemeiner Beifall wurde dem Referenten zuteil, ein Beweis, daß die Versammlung mit seinen Ausführungen vollkommen einverstanden war. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 12. Oktober tagende Versammlung des Bezirksvereins Kaiserslautern erklärt sich nach einem Referate des Gauvorstehers, Kollegen Fuß, mit den Beschlüssen der Gauvorsteherkonferenz, soweit tatsächliche Maßnahmen in Frage kommen, einverstanden. Bezüglich der Reorganisation des Unterstützungsvereins steht die Versammlung auf dem Standpunkte, daß die Gauaufsätze zur Arbeitslosenversicherung aufgehoben seien und erwartet einen diesbezüglichen Beschluß der Danziger Generalversammlung.“

Neue. Unser Ortsverein hielt am 12. Oktober seine Monatsversammlung ab, welche sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten kam man auf die Situations-

nummern des „Typograph“ zu sprechen, mit denen in letzter Zeit einige unserer Mitglieder beglückt wurden. Den anonymen Zusendern sei gesagt, daß wir selbst für Aufklärung unserer Mitglieder sorgen, denn auf Kosten unseres Ortsvereins wird der „Typ.“ unseren Mitgliedern zur Verfügung gestellt in der besten Uebersetzung, daß nichts besser geeignet ist, unser größtenteils katholischen Mitglieder mit Abscheu vor dieser „Arbeiterorganisation“ zu erfüllen. Wenn der hiesige Kreis der „Typ.“ lethig bis auf zwei oder drei Exemplare zurückgegangen ist, so liegt das eben daran, daß es unsere Kollegen fast haben, wünschentlich dieselben Denunziationen und Klagen, die die Seiten des „Typ.“, unterbrochen von einigen schönen eingerahmten Gedächtnen, von vorn bis hinten füllen, zu lesen. Die einzige Notiz des „Typ.“, die sich mit Klave befaßt und die die Aufnahme des Schweigerbegens S. betraf, war Wort für Wort erlogen, was eine Schlußfolgerung auf den übrigen Inhalt zuläßt. Den Zusendern sei gesagt, daß für das Gros der vornehmlich katholischen Mitglieder des Niederhains der Gutenbergsbund als Organisation nicht in Frage kommt. Die paar Schäßlein, die gewonnen sind, haben ihre Uebersetzung nicht aus dem „Weisheitshorn“ des „Typ.“ geschöpft, da spielen lediglich Gründe der bekannnten „Promora!“ mit.

Melchor (Hollstein). Am 20. Oktober konnte unser Ortsverein unsern Gauvorsteher M. Prüter (Kiel) zum erstenmal in seiner Mitte beglücken. Auch die Kollegen der Nachbarorte Heide, Brunsbüttel, usw. waren aus diesem Anlaß auf unsre Einladung hin zahlreich erschienen. Kollege Prüter hielt ein Referat über die letzte Gauvorsteherkonferenz. In zweieinhalbstündiger Rede machte er die Kollegen mit dem Wissenswertesten und Interessantesten aus den gepflogenen Verhandlungen bekannt. In eine Diskussion wurde nicht eingetreten. Ein Beweis, daß die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. Vom Vorliegenden Flügel wurde ihm der Dank der Versammelten für seine wohlüberdachte Rede abgestattet. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Merzig. Eine wirklich imposante Bezirksversammlung war es, welche die Mitglieder des Bezirks Saarbrücken am 13. Oktober in Merzig a. d. Saar zusammenführte. Während bisher in Merzig nur einige Mitglieder standen, ist es unserer Organisation mit Einführung des neuen Tarifs gelungen, daselbst tarifliche Zustände zu schaffen und sämtliche Kollegen für unsern Verband zu gewinnen. So ist es auch leicht verständlich, daß der Wunsch der Merziger Kollegen, unsre Herbstbezirksversammlung daselbst abzuhalten, freudig akzeptiert wurde. Die gegenseitigen Erwartungen wurden denn auch nicht nur erfüllt, sondern bei weitem übertroffen. Zum Empfang hatten die Merziger Kollegen es sich nicht nehmen lassen, die Kollegen des Bezirks mit einer ganzen Musikkapelle am Bahnhofs zu begrüßen und in einem Festsaal zum Versammlungsorte zu führen. Daselbst angekommen, eröffnete Bezirksvorsitzender Gutenberg die Versammlung und ließ die Kollegen willkommen, insbesondere unsern Gauvorsteher Fuhs (Mannheim). Namens des Ortsvereins Saarlouis-Merzig ließ Vorsitzender Schuß die Kollegen willkommen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es allen in Merzig gut gefallen möge. Nachdem der Gesangverein „Gutenberg“ (Saarbrücken) den Chor „Mein Hoch gilt heute dem Verband“ vorgetragen, wurde zur Feststellung der Präsenz geschritten. Anwesend waren aus Saarbrücken 96, Neunkirchen 23, Wörlingen 15, Oberstein 3, Saarlouis-Merzig 19, St. Ingbert 5, Sulzbach 5, einschließlich 2 durchreisender Kollegen zusammen 170 Kollegen. Der Vorsitzende widmete vor Eintritt in die Tagesordnung dem leider zu früh verstorbenen Stereotypen Th. Dred einen Nachruf; dessen Andenken ehrte die Versammlung in üblicher Weise. Einige Angelegenheiten interner Natur fanden schnelle Erledigung. Hierauf ergriff unser Gauvorsteher Fuhs das Wort zu seinem anderthalbstündigen Bericht über die Gauvorsteherkonferenz. Voll Aufmerksamkeit und mit lebhaftem Interesse wurde dieser entgegengenommen. Redner erntete am Schlusse seiner Ausführungen lebhaften Beifall. Der überaus klare und leichtverständliche Vortrag machte eine Diskussion überflüssig. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß die Versammlung. — Nach dem Mittagessen und einem kleinen Wimmel durch das idyllische Kreisstädtchen drängte die Zeit zum Abmarsch nach dem Festlokal; unter Vorantritt einer Musikkapelle bewegte sich bald der stattliche Zug Kunsttänzer durch die Straßen Merzigs. Nur allzu schnell vergingen dann die Stunden bis zur Heimfahrt bei Konzert der „Hornkapelle“ und Viedervorträgen des Gesangvereins „Gutenberg“. Und mit Recht konnte der Bezirksvorsitzende in seinen Dankesworten an die Kollegenschaft des Ortsvereins Saarlouis-Merzig betonen, daß die Aufnahme der Kollegen eine solche war, daß sie noch lange eine freudige Erinnerung bilde. Aber wenn nun auch für Merzig der Tarif voll und ganz zur Einführung gelangt sei, so müsse doch jetzt jeder danach streben, daß dies auch von der Durchführung der tariflichen Bestimmungen gesagt werden könne. Die gleichzeitig mitrangierte Ausstellung der Johannistagsbruderschaft für 1912 fand eifrige Würdigung aller vorwärtsstrebender Kollegen.

München. (Fachverein der Schriftsetzer, Stereotypen und Galvanoplastiker.) Eingang unserer letzten Versammlung sprach Kollege Dreiholz sein Bedauern über den schwachen Besuch aus und stellte laut Präsenzliste fest, daß besonders die Kollegen der größeren Firmen die säumigen Versammlungsbesucher

sind. Nach Aufnahme mehrerer Mitglieder besprach der Vorsitzende die Differenzen bei den Leipziger Firmen Altkhardt und Scheller & Ciejeck und warnte gleichzeitig vor Konditionsangeboten von Frankfurt. Die Beitragserhöhung für die Zentralkommission der Schriftsetzer wurde einstimmig angenommen. Unter Punkt „Bereitschaften“ wurde auch diesmal die Hilfsarbeiterfrage erörtert. Kollege Dreiholz ergriff dabei die Mitglieder, in gegebenen Fällen nicht den Weg zu scheuen und sich an die zuständigen Instanzen zu wenden. Am Schlusse der Versammlung wurde noch ein Herbstausflug beschlossen.

Naumburg a. S. (Vierteljahrsbericht.) Im dritten Vierteljahre hielt der Ortsverein zwei Versammlungen ab. In der Versammlung am 14. August wurde zuerst das Andenken des verstorbenen Kollegen Ibel in üblicher Weise gekehrt und dann der Aufnahme von zwei Kollegen zugestimmt. Der gedruckte vorliegende Kasienbericht fand die Genehmigung der Versammlung. Nach der Neuwahl eines Bibliothekars wurde der Bericht über die Abrechnung vom Johannistage gegeben, bei welcher Gelegenheit auch die geringe Teilnahme einer Kritik unterzogen wurde. „Aus beiden Lagern unsres Gewerbes“, lautete das Thema, welches hierauf unser Gauvorsteher Brog in seinem fünfviertelstündigen Referate behandelte. Der Vortragende verstand es, mit seinen interessanten Ausführungen die 174 anwesenden Kollegen in jeder Hinsicht zu fesseln; auch wurde von einer Diskussion abgesehen, um den guten Eindruck des Referats nicht zu verwischen. — Die zweite Versammlung fand am 12. Oktober statt. Nach Kenntnisnahme verschiedener Eingänge wurde der Kartellbericht zu Gehör gebracht. Zur beruflichen Fortbildung der Kollegen soll in Kürze eine Graphische Vereinigung ins Leben gerufen werden. Hierauf gab der Vorsitzende den Bericht über die Bezirksvorsitzendenkonferenz in Weimar. Der Beschluß über die Verlegung des Gautes (erst nach der Generalversammlung des Verbandes) rief allgemeine Mißstimmung hervor. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten interner Natur wurde die Versammlung geschlossen. — Am 13. Oktober fand eine Druckausstellung statt, welcher am Abend ein Neukundenabschiedstränchen folgte.

-II- Oberndorf a. N. Der Bezirksverein „Oberer Schwarzwaldb.“ hielt am 20. Oktober hier seine diesjährige Herbstbezirksversammlung ab, die von 67 Kollegen aus dem Verein angeführten Drudorten besucht war. Gauvorsteher Frie (Stuttgart) gab ein großzügig angelegtes Referat über „Die Lage im Buchdruckgewerbe“ und erlittete eingehend Bericht über die letzte Gauvorsteherkonferenz. Redner schilderte die Anstrengungen gewisser Schaffmacher unter den Prinzipalen, die Tarifgemeinschaft niederzuringen, in welchem Bestreben sie von dem Arbeitgeberverbande stattdes unterstügt würden. Der Referent erntete lebhaften Beifall für seine trefflichen Ausführungen. Hierauf kamen Vorträge zur Statutenänderung des Bezirksvereins zur Beratung, die größtenteils im Sinne der Antragsteller erledigt wurden. Ein Antrag zur Generalversammlung in Danzig, der dahin geht, angelehnt der Vorgänge im Prinzipalslager keinen Unterstützungszweig unsres Verbandes vor der nächsten Tarifermäßigung zu erhöhen, kam zur Annahme. Der vorgeschrittenen Zeit halber, verursacht durch unliebsame Nörgeleien einiger Kollegen, konnte der letzte Punkt der Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Brand (Oberndorf); „Der Platten- und Schriftschnitt und seine Vereinfachung durch den Plattenstempelapparat „Praktikus“, leider nicht mehr erledigt werden. Die von dem Kollegen Brand veranstaltete Ausstellung geschnittener Platten umfaßte reges Interesse. Mit einem Hoch auf den Verband fand die Tagung ihren Abschluß.

Bezirk Oldenburg. Unsere diesjährige Herbstbezirksversammlung fand am 13. Oktober im Vorort Oldenburg statt. Der Besuch ließ in Unbetracht des verhältnismäßig wichtigen Tagesordnungspunktes zu wünschen übrig. Es waren 180 Kollegen erschienen. Insbesondere war Wilhelmshavener-Mitglieder relativ schlecht vertreten. Nach dem vom hiesigen Gesangvereine „Gutenberg“ vorgetragenen „Heil Gutenberg“ eröffnete Vorsitzender Roth mit begrüßenden Worten die Tagung. Unter „Bericht des Vorstandes“ war außer einigen Wortkommisnissen, die mehr interner Natur waren, nichts Wesentliches zu konstatieren, auch wußten die Vertrauensleute der einzelnen Mitgliedschaften nichts von Bedeutung zu berichten. Das Vermögen der Bezirkskasse und das der Bezirkskrantenkasse ist laut Bericht unsres alten Finanzministers, des Kollegen Varr, erfreulicherweise beständig im Steigen begriffen, was sich aus der erheblichen Zunahme des Mitgliederstandes, der zurzeit 280 beträgt, erklären läßt. Unter Punkt „Neuaufnahmen“ wurden fünf Einlaß Begehrenden die Sporen des Verbandes geöffnet. Hierauf erhielt unser Gauvorsteher Ojéta das Wort zu seiner „Berichterstattung von der Gauvorsteherkonferenz“. In fast anderthalbstündigem Referate verstand dieser es meisterhaft, den dunklen, gerade nicht Vertrauen erweckenden Horizont unsres Gewerbes von der Tarifrevision an bis auf den heutigen Tag anschaulich in seinem Berichte zu beleuchten. Nachdem er dann noch gewisse, dem Ansehen der Organisation nicht dienende Vorurteile gestreift hatte, ermahnte er die Anwesenden zu regerer Anteilnahme am Verbandsleben. Wie sehr die Zuhörer mit dem Referenten einer Meinung waren, bewies neben dem gezollten langanhaltenden Beifall auch die sich in aufstimmendem Sinne bewegende Diskussion. Der Punkt „Verschiedenes“ zeitigte nichts von Belang. Darauf wurde die ruhig verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden nach einem Resümee, in

welchem er noch besonders den Appell des Kollegen Ojéta an die Mitglieder, dem heutigen differenziertere sozialen und wirtschaftlichen Leben mehr Interesse entgegenzubringen, unterstrich, mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband geschlossen.

Neudenburg. Am 19. Oktober hielt der Ortsverein „Gutenberg“ eine gutbesuchte Versammlung ab. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Gauvorstehers Prüter (Kiel). In zweieinhalbstündigem Referate schilderte Redner uns in leichtverständlicher Weise die Arbeit der Gauvorsteherkonferenz. Allgemeiner Beifall ward dem Referenten am Schlusse seiner Ausführungen zuteil. Eine Resolution, die die Beschlüsse der Gauvorsteherkonferenz gutheißt, wurde einstimmig angenommen. Unter „Sonstiges“ wurde noch eine interne Angelegenheit recht lebhaft erörtert.

Schleswig. Am 12. Oktober hielt der hiesige Ortsverein seine fällige Monatsversammlung ab, welche, wie die vorherigen, leider sehr schlecht besucht war. Nachdem einige Punkte der Tagesordnung erledigt waren, besprach Kollege Zellner die Veranftaltung des Tarifamts, nach welcher die zuständigen Arbeitsnachweise mehr wie bisher von den Prinzipalen in Anspruch genommen werden sollen. Er führte Klage darüber, daß ein Teil der von den Arbeitsnachweisen Kiel und Flensburg hierher gesandten Weisungen technisch unbrauchbar gewesen sei. Diese Tatsache gab dem Kollegen Zellner Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß jeder Kollege bestrebt sein müsse, sich technisch fortzubilden, um den an ihn gestellten Anforderungen nach bestem Können gerecht werden zu können. Hierauf wurde noch ein Antrag angenommen, der dahin geht, unsern Gauvorsteher Prüter einzuladen, der nächsten Versammlung beizuwohnen, um einmal über abänderungsbedürftige Zustände am hiesigen Ort in seiner Gegenwart zu sprechen. — Die „Schleswiger Zeitung“, die im März gegründet wurde, ist bereits im August wieder eingegangen. Einige Kollegen konnten von dem Buchdruckereibesitzer K. Klein bis heute noch nicht ihren richtigermaßen Lohn erhalten. Jedemfalls wird man vor dem Zeitungsgründen hier vorerst Ruhe haben, denn es ist dies in wenigen Jahren die vierte Zeitungsgründung am Orte, die jämmerlich zugrunde ging und bei denen die Kollegen meist finanziell in Mitleidenhaft gezogen wurden.

Straßburg. Am 13. Oktober hielt unser Bezirk in Wolgast die zweite diesjährige Versammlung ab. 122 Mitglieder waren dazu erschienen. Die eingeladenen Nichtmitglieder glänzten, bis auf einen, der in vorgerückter Stunde erschien, durch Abwesenheit. Vom Gauvorstande war Kollege Hannack anwesend. Bei der Berichterstattung der Vertrauensleute ergab sich, daß an manchen Orten noch verschiedene Mißstände vorhanden sind. Diese zu beseitigen, werden die erforderlichen Schritte eingeleitet werden. Der Kasienbericht, welchen Redner für richtig befunden, zeigte einen günstigen Abschluß. Dem Kassierer wurde die beantragte Entlastung erteilt. Der Antrag, den Bezirksbeitrag von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen, wurde zurückgezogen. Ein weiterer Antrag, an Stelle des zweiten Bezirkstags im nächsten Jahr ein Bezirksjohannistag zu veranstalten, wurde abgelehnt. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Straßburg gewählt. Ein der Bezirkskasse konnte den Teilnehmern außer freier Hin- und Rückfahrt noch ein entsprechender Zuschuß gewährt werden; auch wurde den drei durchreisenden Kollegen eine angemessene Unterstüttung zuteil. Rummehrig ließ unser Gauvorsteher den verammelten Mitgliedern sein angeknüpftes Referat über: „Die gegenwärtige Situation und die Stellungnahme der Gauvorsteherkonferenz“. Der allgemeine Beifall am Schlusse des Vortrages und der Umstand, daß eine Diskussion nicht beliebt wurde, kennzeichneten das Einverständnis der Mitglieder mit den Ausführungen des Redners. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen und geregelt, wurde der Bezirkstag mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Stuttgart. (Stereotypen und Galvanoplastiker.) Am 13. Oktober fand unsre Generalversammlung zum erstenmal auswärts, und zwar in Heilbronn statt. Der Besuch war ein sehr guter. Vertreten waren Stuttgart, Göttingen, Öppingen und Ludwigsburg. Aus dem Vorstandsberichte verdient Hervorhebung die Abhaltung eines Kurses über die Metallkunde, ebenso wurde an der hiesigen Fachschule ein Kursus für Galvanoplastiker eingeführt. Die mit der Autopaste gemachten Versuche fielen nicht zur Zufriedenheit aus, auch wurde der hohe Preis dafür beanstandet. Der Zusammenschluß der schwäbischen galvanoplastischen Anstalten wurde noch erwähnt. Würde dies endlich der Anfang zur Vereinigung sämtlicher galvanoplastischen Anstalten Deutschlands sein. Unsre Klasse hatte einen Überschuß von 133 Mk. Unter „Technischen Neuerungen“ kamen einige brasilische Beispiele zur Sprache, wie gewisse Fabrikanten resp. Erfinder ihre Ware durch große Nelema anpreisen, z. B. den Reformzeigengleisapparat und Wittmanns Miniaturstereotypie, die ja auch eine Fierde auf der Gewerbeausstellung in München bildete. Eine technische Kommission, bestehend aus je zwei Stereotypen und Galvanoplastikern, wurde gewählt. Alle Anfragen sind an Kollegen W. Sonnborn, Stuttgart, Rißstraße 17 III, zu richten. Ein Vortrag über „Die Geschichte der Stereotypie und Galvanoplastik“ wurde mit Beifall aufgenommen. Nachdem die Frankfurt-Offenbacher Sonderabmachungen scharf kritisiert und vor Konditionsannahme bei zwei Firmen in Leipzig gewarnt worden war, kamen noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache, worauf der Vorsitzende die gutverlaufene Generalversammlung schloß. — Nachmittags wurde unter Führung der Heilbronner Kol-

Legen die Stadt beständig, woran sich ein gemächliches Weisammen sein schloß, bis der bekannte „letzte Zug“ die Teilnehmer wieder in die Heimat beförderte.

Wismar. (Vierteljahrsbericht.) Die Versammlungen im Juli und August waren, trotzdem sich der Vorstand bemühte, sie interessant zu gestalten, nur schwach besucht. In der ersteren wurden größtenteils nur interne Vereinsangelegenheiten erledigt. In der Augustversammlung wurde beschloffen, das Stiftungsfest durch einen Ausflug nach Neuburg zu feiern. Dieser Ausflug wies trotz guten Wetters bedauerlicherweise sehr schwache Beteiligung auf. Satten es doch von 42 Kollegen nur acht Kollegen für nötig befunden, an dieser herrlichen Tour teilzunehmen. — In der Versammlung am 5. Oktober erstattete Kollege Junge in fast einstündiger Rede einen ausführlichen Bericht über das Referat des Kollegen Albrecht (Köln), das bisher am 28. September in Schwerin gehalten hatte. Am Schlusse seiner Ausführungen ermahnte er die Anwesenden, aus der gegenwärtigen Situation die nötigen Lehren zu ziehen, die Versammlungen besser zu besuchen und sich an der Organisationsarbeit mehr als bisher zu beteiligen. Rautes Bravo lobte dem Redner für seine treffenden Ausführungen. Erwähnenswert ist noch, daß bei einem Mitgliederstande von durchschnittlich 43 der Wechsel ein abnormer ist; reifen doch in diesem Quartale 14 Kollegen zu und 13 wieder ab. Die Ursache dieses starken Wechsels dürfte darin zu suchen sein, daß die in der größten Druderei hierseits beschäftigten Kollegen mit wenigen Ausnahmen nur zum Minimum entlohnt werden. Bei den hier herrschenden tatsächlichen Leihungsverhältnissen ist damit nur schwer auszukommen.

Witten (Ruhr). Die Monatsversammlung am 12. Oktober zeitigte recht lebhaft Debatten. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Antrag auf Verlegung des Vereinslokals, der jedoch mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde. Zur Aufnahme empfohlen wurde ein Kollege, während ein anderer Mitglied wegen Restriktions ausgeschlossen werden mußte. Während die Versammlungen in letzter Zeit immer schlecht besucht waren, wies die letzte einen befriedigenden Besuch auf. Leider hapert es sehr an der Einigkeit unter den hiesigen Kollegen.

Würgberg. In der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 17. Oktober wurden zunächst zwei Ansuchen erledigt. Hierauf gab Gausvorsteher Selig (München) einen eingehenden Bericht über die Gausvorsteherkonferenz, der annähernd zwei Stunden währte und reichen Beifall auslöste. Die sich anschließende, in ruhigen Tönen verlaufende Diskussion brachte zum Ausdruck, daß die Anwesenden mit dem Ergebnisse der Gausvorsteherkonferenz einverstanden waren. Mit einem Hoch auf den Verband fand die in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung leider nur mittelmäßig besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Zwickau. In unsere zweite diesjährige Bezirksversammlung fand hier am 20. Oktober statt. Die Wichtigkeit des Hauptberatungspunktes, nämlich die Berichterstattung über die Gausvorsteherkonferenz, hatte annähernd 300 Kollegen aus den einzelnen zum Bezirke gehörenden Orten auf den Plan gerufen, um aus dem Mund unseres Gausvorstehers Große (Chemnitz) die Ergebnisse und den näheren Verlauf der Gausvorsteherkonferenz zu vernehmen. Dieser entledigte sich seiner Aufgabe in ausführlicher Weise und führte Punkt für Punkt seinen Ausführungen die Berliner Verhandlungen vor Augen. Nach einer nur kurzen Debatte erklärte die Versammlung ihr Einverständnis mit dem Gehörten und mit den Beschlüssen der Gausvorsteherkonferenz überhaupt in einer einstimmig angenommenen Resolution. Sodann nahm die Versammlung noch die geprüfte Abrechnung über das Bezirksamtsjahr entgegen und stimmte dieser ohne Widerspruch zu. Mit der Bestimmung Zwickaus als Tagungsort der nächsten Bezirksversammlung fand die schon verlaufene Versammlung nach einem ansehnlichen Schlussworte des Bezirksvorstehers Krause ihr Ende. — Vorausgegangen war am gleichen Tage vormittags eine Konferenz der Ortsvorstände mit dem Bezirksvorstande, der auch der Gausvorsteher bewohnte und die von zwölf Vertretern aus sechs Orten besucht war. In ihr wurde u. a. die Gründung einer Wanderbibliothek aus den Beständen der Bibliothek der Mitgliedschaft Zwickau für solche Bezirksorte beschloffen, die nicht im Besitze einer solchen sind, und die Abhaltung von technischen Vorträgen ins Auge gefaßt. Seitens des Bezirksvorstandes wurde weiterer eine Liste von in Aussicht genommenen Vorträgen über technische, volkswirtschaftliche und literarische Themen vorgelegt, die von den Bezirksmitgliedschaften nach freier Wahl in Anspruch genommen werden kann und diesen in Druck zugehen soll. Die Berichterstattung der anwesenden Vertreter der einzelnen Ortsvorstände ergab ein befriedigendes Bild über die allgemeine tarifliche Lage im Bezirke Zwickau. Einzelne noch offenstehende Wünsche und Klagen, die nach Möglichkeit erfüllt bzw. beseitigt werden sollen, bildeten den übrigen Verhandlungsstoff.

Rundschau.

Plakatwettbewerb. Der von der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 ausgeschriebene Wettbewerb für ein Plakat läuft am 10. November d. J. ab. Als Preise sind ausgesetzt: 1. 2000 Mk., 2. 1000 Mk. und 3. 500 Mk., zusammen 4000 Mk. Das Preisgericht besteht aus den Herren Dr. Th. Seine (München), Geh.-Rat Prof. Dr. Max Klingner (Leipzig), Prof. A. Mangel (Berlin), Prof. Max Seliger (Leipzig), Prof. Walter Tiemann (Leipzig),

Dr. A. Volkmann (Leipzig), Hofrat Horst Weber (Leipzig) und Prof. Rud. Weiß (Berlin). Die näheren Bedingungen sind von der Geschäftsstelle der Ausstellung zu erhalten.

Xylographen- und Steinbruderverband. Auf dem in den letzten Tagen des September im Berliner Gewerkschaftshause tagenden Kongresse des Deutschen Xylographenverbandes spielte die Anschließfrage dieses Verbandes an den Verband der Lithographen, Steinbrucker und verwandten Gewerbe eine besondere Rolle. Im Geschäftsberichte des Zentralvorstandes wurde hervorgehoben, daß die Entwicklung des ganzen xylographischen Gewerbes seit einigen Jahren unglücklich ist, da die Chemigraphie immer mehr zum xylographischen Arbeitsfeld abnimmt. Der betrübliche Holzschnitt sei fast vollständig durch die Chemigraphie aufgetrieben; die vorhandenen Aufträge werden fast ausnahmslos jetzt auf chemigraphischem Wege hergestellt, so daß ein langames, aber sicheres Absterben des xylographischen Arbeitsgebietes an die Chemigraphie stattfindet. Dadurch nimmt das xylographische Gewerbe immer mehr den Charakter der Saisonarbeit an. Große Arbeitslosigkeit ist die Folge, ebenso, daß immer mehr Xylographen vom Beruf abgehen. Als neues Arbeitsfeld wenden sie sich zum größten Teile der Chemigraphie zu und treten dann in den für Chemigraphen in Betracht kommenden Verband der Lithographen, Steinbrucker und verwandten Berufe über. So ist die Mitgliederzahl des Xylographenverbandes seit dem letzten Kongresse 1909 von 602 auf 420 zurückgegangen. Auch die Kassenverhältnisse haben sich infolge der außerordentlich hohen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung bedeutend verschlechtert. Während am 1. Januar 1909 ein Bestand von 37018 Mk. zu verzeichnen war, ist 1912 nur noch ein solcher von 25040 Mark vorhanden. Nach längeren Beratungen wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Entwicklung des Xylographenberufes vollzieht sich mehr und mehr dahin, daß ein großer Teil Xylographen in den gemischten Betrieben mit den Mitgliedern des Verbandes der Lithographen, Steinbrucker und verwandten Berufe zusammenarbeitet. Aus diesem Grund ist es notwendig, daß der Anschluß an den genannten Verband in den Bestimmungen und in der Verbandszeitschrift mehr als bisher erörtert wird.“ Von den Kongreßberatungen ist noch folgendes von Wichtigkeit: Im Geschäftsberichte wird mitgeteilt, daß mit dem Bunde der xylographischen Anstalten Deutschlands ein fester Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen wurde, der am 1. Januar 1911 in Kraft getreten ist und in dem sich die Prinzipale verpflichtet haben, während der nächsten drei Jahre keine Lehrlinge einzustellen. Die Redaktion der Verbandszeitschrift wurde von Leipzig nach Berlin verlegt. Zur Tendenz der Verbandszeitschrift beschloß der Kongreß, daß unter Berücksichtigung der beruflichen Verhältnisse die Redaktion im Sinne der modernen Arbeiterbewegung zu erfolgen hat. Die Regelung über die Redaktionsverwaltung wurde dahin beschlossen, daß an Stelle von Monatsbeiträgen von 1,80 Mk. jeder ein wöchentliches Beitrag von 60 Pf. eingeführt wird. Betreffend Umgebungsunterstützung wurde beschloffen, daß Mitgliedern, die einen eignen Haushalt führen, bei Veränderung des Wohnorts eine Beihilfe zu den Umzugskosten gewährt werden kann. Der Antrag, die Unterstützungs-Gemahregelung betreffend, wurde dahin modifiziert, daß die Unterstützung bis zu drei Vierteln des Arbeitsverdienstes bis zur Höhe von 36 Mk. beträgt auf die Dauer von acht Wochen und nach Ablauf dieser Zeit 18 Mk. auf die Dauer von vier Wochen. Die Arbeitslosenunterstützung soll in Zukunft stufenweise, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, ausgegahlt werden, und zwar: nach einem Jahre 2 Mk. pro Tag, nach zwei Jahren 2,50 Mk. und nach drei Jahren 3 Mk. pro Tag. Zur Gehalts- oder Stückerhöhung wurde beschloffen, auf Verschaffung der Akkordarbeit hinzuwirken und überall Lohnarbeit (festes Gehalt) anzuführen. Weiter wurde ein Reglement für den Arbeitsnachweis beraten, in dem u. a. bestimmt ist, daß das Nachfragen der Gehältern in den einzelnen Anstalten um Arbeit untersagt ist. Der Zentralvorstand wurde beauftragt, zwecks Einführung dieses Reglementes diesbezügliche Verhandlungen mit dem Bunde der xylographischen Anstalten Deutschlands zu führen. Der Zuschlag für Überstunden soll auf 25–50 Proz. erhöht werden. In der Frage der Doppelorganisation wurde beschloffen, daß das betreffende Mitglied erst dann die Unterstützung erhält, wenn er in der anderen Organisation ausgetreten ist. Der nächste Kongreß soll, um Kosten zu sparen, wieder in Berlin stattfinden.

Ein Volksbildner als Gewerbeschädiger. Herr Lehrer Heinrich Brodmann in Leipzig verstand in letzter Zeit Offerten an Leipziger Buchdruckerfaktoren, worin er seine Dienste zum Besen von Korrekturen und zu ähnlichen Arbeiten anbietet. Langjährige Übungen ermöglichen es ihm, wenigstens nach seiner Ansicht, ein sorgfältiges und pünktliches Arbeiten zu versprechen. Feinste Referenzen sollen dem Herrn ebenfalls zur Verfügung stehen. Daraus ist zu entnehmen, daß der Herr Lehrer sehr viel freie Zeit und ein so geringes Arbeitspensum zu bewältigen hat, daß er überschüssige Arbeitskraft hat, die er nach den Schulstunden zu verwerten trachtet, daß er den Korrekturen ins Handwerk pflückt. Dieser Arbeitseifer an falscher Stelle scheint uns so merkwürdiger, als uns bekannt ist, daß die Bezahlung der Leipziger Lehrer im allgemeinen wesentlich höher als die der Korrekturen ist und sie infolgedessen nicht nötig hätten, den Arbeitsmarkt der Korrekturen zu drücken. Ein solches Verhalten gereicht einem Lehrer in keiner Weise zur Ehre und wird in der Arbeiterschaft als unlautere Konkurrenz bewertet. Wir hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen, den Herrn Brodmann eines Besseren zu belehren.

Betrügerischer Buchdruckerelbesitzer. Wegen umfangreicher Betrüge und Unterschlagungen stand der Buchdruckerelbesitzer Wilhelm Theodor Peter in Hamburg (Buch- und Fundruckerel Peter & Wittmad) vor Gericht. Die dem Angeklagten zur Last gelegten Schwindelereien beginnen mit dem Jahre 1908, wo das Geschäft schlecht ging, und P. verpfändete nun sein Geschäftsinventar, Maschinen usw. gegen ein Darlehen von 15000 Mk. Da dies Geld nicht weit reichte, nahm er von einem andern Geldverleiher ein Darlehen von 20000 Mk. und verpfändete ihm dafür die bereits an den ersten Darleiher verpfändeten Sachen. Dies Spiel wiederholte er hinterher noch mehrere Male, indem er einzelne Teile der Geschäftsinventare, Maschinen usw. gegen kleinere Darlehen verpfändete. So soll er im ganzen rund 94000 Mk. an Darlehen erlangt haben. Die ihm zur Last gelegten Unterschlagungen werden darin erblickt, daß er Sachen verpfändete, die er auf Abzahlung entnommen und noch nicht bezahlt hatte. Der Angeklagte bestreitet jede betrügerische Absicht. Er will geglaubt haben, daß er das Geschäft vor dem Zusammenbruche retten und dann allen Darlehsnehmern gerecht werden könne. Er habe allen die ausbedungenen Zinsen in Höhe von 10 bis 50 Proz. bezahlt. Als der Konkurs trotz all und alledem ausbrach, habe er den Darlehsnehmern im Zwangsvergleich 20 Proz. ausbezahlt können. Seiner Meinung nach würden ihm die späteren Geldgeber auch das Geld gegeben haben, wenn sie gewußt hätten, daß die ihnen verpfändeten Sachen schon zuvor an andre verschrieben waren. Das wird nun freilich von einigen der Zeugen nicht bestätigt; sie erklären, wenn sie gewußt hätten, daß es so mit P. stände, würden sie ihm kein Geld auf die schon verschriebenen Sachen geliehen haben. Der frühere Sozius des Angeklagten erklärt jedoch, daß wenn P. sich an ihn gewandt hätte, er immer bereit gewesen wäre, Geld herzugeben, um das Geschäft zu retten. Die Zeugenaussagen sowie die weitere Beweisaufnahme gestalten sich bezart zuungunsten des Angeklagten, daß der Staatsanwalt unter Berücksichtigung einer schweren Vorstrafe wegen Betrugs eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren beantragte. Der Verteidiger beantragte Freisprechung, event. eine mildere als die beantragte Strafe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen sieben Fällen des Betrugs und einer Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten.

Konkurs. Über das Vermögen der Inhaberin der Buchdruckerel E. Roth-Wurmser in Mülhausen i. Elß. wurde das Konkursverfahren eröffnet.

Hilfsarbeiterkonflikt in Karlsruhe. Wie die Tagespresse meldet, haben die Buchdruckerelhilfsarbeiter in Karlsruhe wegen fortgesetzter Weigerung der Prinzipalität, einen Tarifvertrag abzuschließen, in zehn Drudereien die Räumlichkeiten eingedrückt, die am 8. und 9. November ablaufen. Und nach dem „Karlsruher Arbeiterblatt“ hat die Geschäftsleitung der „Baumgarten Buchdruckerel“ wegen Weigerung von Überständen ihr gesamtes Hilfspersonal sofort entlassen.

Gerichtliches Zeugniszwangsverfahren gegen einen Redakteur. Trotz aller Bemühungen der Pressevertretungen auf Befreiung der so unwürdigen und demoralisierenden Zeugniszwangsstrafe beantragte in der dieser Tage stattgehabten Hauptverhandlung gegen den Redakteur Dr. Ost in Hamburg der Erste Staatsanwalt wiederum dieses verwerfliche Mittel. Schon im Disziplinarverfahren war * der genannte Redakteur wegen Nichtabgabe des Verfassers eines im „Hamburger Fremdenblatte“ veröffentlichten Artikels zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Da er auch bei der jetzigen Hauptverhandlung bei der Zeugnisverweigerung beharrte, glaubte der Vertreter der öffentlichen Anklage durch das drakonische Mittel der Zwangsstrafe den Redakteur zum Bruche des Redaktionsgeheimnisses zwingen zu können. Erfreulicherweise sah das Gericht von der Verhängung der Haft ab und erkannte auf eine Geldstrafe von 100 Mk. oder 10 Tagen Haft. Die niedere Geldstrafe wurde damit begründet, daß Dr. Ost mit Rücksicht auf seine Berufs- und Standeshöhe das Zeugnis verweigert habe.

Bernhard Felisch †. Im Alter von 73 Jahren ist am 23. Oktober d. J. der als einer der schärfsten Gegner der organisierten Arbeiterschaft bekannte ehemalige Vorsitzende des Deutschen Arbeitgebersbundes für das Baugewerbe, Bernhard Felisch, gestorben. Er leitete lange Jahre, von 1869 ab, die „Baugewerkszeitung“, die sich unter seiner Regie als wütendes Kampfforgan gegen die Gewerbefreiheit und gegen die Arbeiterbewegung seltenen „Ruhm“ erwarb. Trotzdem ist es aber dem Verstorbenen ebenso wie dem Bekannten, vom Kampffelde resigniert zurückgetretenen Scharfmacher Bued gelungen, die Arbeiterbewegung niederzurufen.

Die gewerbliche Rechtspflege im Jahre 1911. Nach den Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes müssen in Gemeinden mit über 20000 Einwohnern Gewerbegerichte errichtet werden. Wie die Volkszählung vom Jahre 1910 ergab, bestand in 52 Gemeinden, die diese Einwohnerzahl überschritten hatten, kein Gewerbegericht und in 57 solcher Gemeinden kein Kaufmannsgericht. Die Zahl der Gewerbegerichte stieg von 464 auf 479 im Jahre 1911, die der Vergewerbegerichte von 8 auf 10, die der Kaufmannsgerichte von 271 auf 282; Innungsgerichtsgerichte bestanden 426. Bei den Gewerbegerichten und Vergewerbegerichten wurden 119774 Klagen anhängig gemacht, 111333 von Arbeitern gegen Unternehmer, 8036 von Unternehmern gegen Arbeiter und 355 von Arbeitern gegen Arbeiter. Von diesen Streitfällen wurden 49693 durch Vergleich und 3267 durch Bezicht beendet. In 1566 Fällen wurde die Klageforderung anerkannt, in 12301 Fällen wurden Klageanträge abgelehnt.

gefällt und 1844 durch Endurteil erledigt. Der Wert des Streitgegenstandes betrug bei 53122 Klagen bis zu 20 M., bei 34272 über 20—50 M., bei 17973 über 50—100 M. 9608 waren berufsungsfähige Entschiede, ihr Streitgegenstand betrug mehr als 100 M. Gegen 625 Entschiede wurde Berufung eingelegt. Bei den Kaufmannsgerichten wurden 25488 Streitigkeiten anhängig gemacht. Davon wurden durch Vergleich erledigt 10340, durch Verzicht 196, durch Anerkennung der Klageforderung 216, durch Zurücknahme der Klage 4265. Durch ein Versäumnisurteil wurden 2142 Klagesachen erledigt. 4391 Klagen führten zu einem Endurteil, 2533 wurden auf andre Weise beendet. Der Wert des Streitgegenstandes war bei 1905 Klagen bis zu 20 M., bei 3287 über 20—50 M., bei 4778 über 50—100 M., bei 8817 über 100—300 M. und bei 4843 über 300 M. 532 Klagesachen beschäftigten die Berufungsinstanz. Die Art des Streitgegenstandes war in 2845 Fällen Austritt, Fortsetzung und Ende des Arbeitsverhältnisses oder Ausfertigung von Zeugnissen. Leistungen aus dem Arbeitsverhältnisse waren in 16639 Fällen Gegenstand des Streites; in 596 Fällen mußte um Rückgabe von Zeugnissen und Legitimationspapieren geklagt werden, 6109 betrafen Schadenersatzansprüche und bei 275 Fällen war die Konkurrenzklause des Streitobjekt. Während in allen diesen Fällen die Tätigkeit der gewerblichen Spruchinstanzen eine Steigerung zeigt, weisen die Zahlen über die Tätigkeit dieser Gerichte als Einigungsämter einen Rückgang auf. Die Gewerbegerichte waren in 365 Fällen als Einigungsamt tätig, hiervon in 151 Fällen auf Anrufung beider Teile, in 30 Fällen auf Anrufung der Unternehmer, in 184 Fällen auf Anrufung der Arbeiter. In 144 Fällen kam es zu einer Einigung, in 88 Fällen wurde ein Schiedsspruch gefällt und in 65 Fällen war die Einigungstätigkeit der Gewerbegerichte erfolglos. — Die Kaufmannsgerichte waren sechsmal als Einigungsamt tätig, einmal auf Anrufung beider Teile, fünfmal auf Anrufung der Angestellten. Das Ergebnis war in drei Fällen eine Vereinbarung, in zwei Fällen kein Erfolg. Auch die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in der Abgabe von Gutachten und Stellung von Urträgen ging zurück. Die Arbeiterbeisitzer sollten auf die Ausnutzung dieser wichtigen sozialpolitischen Rechte hinweisen und von den Gerichten stärkere Initiative verlangen. Die Rechtsprechung über Streitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag ist eine für die Arbeiter sehr wichtige. Durch Weiterentwicklung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und durch die Errichtung solcher gewerblichen Spruchinstanzen an Orten, wo sie noch nicht bestehen, aber eigentlich bestehen müßten, kann die arbeitende Bevölkerung ihr Arbeiterrecht nachdrücklicher wahrnehmen.

Kriegervereine gegen die Konsumvereine. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, die darauf schließen lassen, daß sich die angeklagten, neutralen, wehrlosen, den Kriegervereine allmählich auch auf eine systematische Bekämpfung der Konsumvereine ausgedehnt hat. Erfreulicherweise enden aber fast allerwärts diese „Feldzüge“ auf das wirtschaftliche Gebiet mit einer blamablen Niederlage der Kriegervereine. Ein drastischer und zugleich auch spärlicher Fall dieser Art ist folgender: In Ostpreußen im Königreiche Sachsen, in dem der Konsumverein Döbeln eine Warenabgabestelle unterhält, sollte der Kriegerverein ebenfalls den Döbeln Konsumverein umbringen. Auch hier wurde, wie anderswo, den Mitgliedern des Militärvereins der Ausschluß aus dem Vereine für den Fall angedroht, daß sie dem „sozialdemokratischen“ Konsumvereine nicht binnen kurz gefester Frist den Rücken kehren würden. Aber auch in Ostpreußen gibt es Sünder, die so verstockt sind, in ihrer Mitgliedschaft im Konsumvereine keine große Sünde zu sehen. Diese Leute sind der sonderbaren Meinung, daß es ihnen freistehen müßte, ihre Waren dort zu kaufen, wo es ihnen gefällt. Sie sind der Ansicht, daß es nicht zu den Aufgaben eines Militärvereins gehört, seine Nase in die wirtschaftlichen Angelegenheiten seiner Mitglieder zu stecken. Nachdem der Militärverein festgestellt hatte, daß seine Mitglieder in ihrer schweren Sünde beharren wollten, unterließ er es, seine Ausschließungsbekämpfung wahrzunehmen. Diese Konsumvereinsbekämpfung durch den Ostpreuer Kriegerverein zeitigte dann ein lustiges Nachspiel. Als der Konsumverein in zwei Versammlungen seine Meinung zu der ganzen Angelegenheit sagen wollte, als er nachforschen wollte, was es mit der aufgestellten Behauptung, der Konsumverein sei „sozialdemokratisch“, auf sich habe, lud er zu diesen Versammlungen durch Plakate ein, die im Orte hier und da angeheftet wurden. Ein Strafbefehl über 40 M. war die Folge dieses Zuns. Die Verhandlung vor dem Amtsgericht in Döbeln ergab nun, daß alle in Betracht kommenden Ortsvorsteher dem Plakatentheber geraten hätten, seine Plakate überall hinzulegen, wo er es für richtig halte, nur solle er (das Plakat war rot) die öffentlichen Plakatafeln respektieren. Der eine Gemeindevorstand wußte nicht einmal, ob der Gemeinderat seines Orts das Ortsgesetz über das Anheften von Druckschriften angenommen habe, während der Gemeindevorstand von Ostpreußen nach Döbeln fahren wollte, um den Amtshauptmann zu fragen, ob durch das Anheften eines Plakats, das zu einer Konsumvereinsversammlung einladet, nicht etwa der Bestand Sachsen in Frage gestellt würde. Die ganze Angelegenheit, die der wissen, wie durch kleinste Ursachen der Staat ins Wanken gefallen auf. Die Strafverfügung wurde aufgehoben, weil es nicht Sache der Amtshauptmannschaft sei, in diesem Falle Strafverfügungen zu erlassen; der Kriegerverein sah vom Ausschlusse der Mitglieder ab. Hoffentlich läßt er in Zukunft seine Finger von Dingen, die ihn nichts angehen.

Schrecklicher Arbeiterfod. In dem Böhlinger Orte Knechtlingen wurden sieben an einem Hochofen auf der „Friedenshütte“ beschäftigte Arbeiter von flüchtigem Eisen überrollt. Sechs von ihnen erlitten so schwere Brandwunden, daß der Tod auf der Stelle eintrat; der siebente wurde lebensgefährlich verletzt.

Studentische Arbeiterunterrichtskurse. Seit einer Reihe von Jahren sind in den deutschen Universitätsstädten studentische Organisationen entstanden, die eine Ergänzung der bestehenden Arbeiterbildungsinstitute darstellen. Die Kurse, die meist den Titel „Unterrichtskurse für Arbeiter“ führen, begreifen, in völlig neutraler Weise Elementarunterricht an Arbeiter zu erteilen und dadurch zugleich ein gegenseitiges Kennen- und Verstehenlernen zwischen den Arbeitern und den zukünftigen Vertretern der akademischen Berufe zu ermöglichen. Diese Vereine, die sich im Verband akademischer Arbeiterunterrichtskurse Deutschlands zusammengeschlossen haben, sind ihrem Programme treugeblieben. Sie haben sich jedes Übergreifens auf Gebiete, wie Religion und Politik, enthalten, die den Keim zu Meinungsverschiedenheiten und Zerwürfnissen in sich tragen. Infolge dieser Beschränkung auf die Elementarfächer — vorwiegend Rechnen, Deutsch, Schreiben — und durch die strenge Beobachtung der Neutralität auch außerhalb des Unterrichtsstoffes haben die Kurse sich das Vertrauen der Arbeiter erworben. Arbeiter und Arbeiterinnen, die gern die Gelegenheit benutzen, alte Wissen aufzufrischen und sich zugleich neu als Volksschule oder höherer Geistesbildung zu erwerben, sind diesen Kursen beigetreten. Freilich ist die Besucherzahl noch weit geringer, als man bei der eifrigen Propaganda der Vereine erwarten sollte. An der Zurückhaltung mögen vielfach alte Vorurteile schuld sein; Unkenntnis darüber, daß auch in der Studentenschaft sich, wenn auch vorerst vereinzelt, neue Kräfte und Ideen regen, die den lange verloren gegangenen Anschluß an die arbeitende Bevölkerung wieder suchen. In schlichter, sozialer Bildungsarbeit finden sich hier Studenten und Arbeiter zusammen, lernt der Student das, was er so dringend braucht, um sich später eine eigene Meinung zu bilden; Kenntnis des arbeitenden Volkes aus eigener Anschauung. Sein Gewinn ist vielleicht noch größer als der des Arbeiters, der seine Bildung vermehrt. Aber auch vom Standpunkte der Arbeiter kann von ihrem Interesse an der Arbeiterbildung aus die Benutzung dieser Unterrichtskurse den Arbeitern nur empfohlen werden.

Verschiedene Eingänge.

„Elementarunterricht in Schrift.“ So lautet der Titel eines neuen Lehrmittels des Kunstmalers und Lehrers an der Kunstgewerbeschule zu Charlottenburg, Heinrich Michl. Das Werk, das uns im ersten Heft vorliegt, erscheint in Verlage von Ferd. Neumann, Berlin, und enthält die „Elementarunterricht in Schrift“ in drei Teilen mit Übungen mit dem Quaststift um weitere, besten diffizileren Aufgaben zu bringen. Bei dem wachsenden Interesse für das Schriftschreiben ist dieses Lehrmittel eines unserer besten Schriftkünstler ganz besonders geeignet, Aufsehen zu erregen. Die Methode ist so einfach und anschaulich, daß es auch ohne Lehrer möglich ist, nach den Schreibvorlagen zu lernen. Die Seiten des Heftes sind mit Ciceroeinteilung versehen und hat jede Seite zwei vorgeschriebene Reihen, die je dreimal unter der Musterteile nachgeschrieben werden können. Das Heft kostet nur 50 Pf.

„Das Menschenschichthaus.“ Bilder vom kommenden Kriege. Verlag von Alfred Janssen, Hamburg und Berlin 1912. Preis 1 Mk.

Briefkasten.

Nach Stuttgart: Das überhandte Material haben wir mit bestem Danke für kollegiale Unterstützung erhalten. Verwendung gegenwärtig nicht opportun, deshalb Lagerfacke. Fredl. Grühl. — A. F. in W.: Wie Sie sehen, ist diese Sache schon verarbeitet worden. Für weitere Zusendungen wären wir dankbar. Retourierungen erfolgen konsequent, da Straßporto sonst zu sehr unangenehm. Aber nichts für ungut und vielen Dank. — A. R. in G.: Wird vorfristig in den letzten Artikel der Serie über den Gutenbergsbund mit eingeflochten. — J. B. in S.: Karte aus Liverpool erhalten. Lassen wir die Schotten laufen, bei dem weiteren Warten kommt gar nichts heraus. — Nach-Hamel: Erhalten, aber nicht zu verwenden. — R. G. in S.: Wie immer, dankend aufgenommen. — Fr. S. in R.: Ihr Artikel behandelt ein Thema, das wohl einmal angeht werden kann. Ganz ohne Streichungen und Änderungen geht es indes nicht ab. Sie werden aber nur mäßig vorgenommen und lassen Ihre Arbeit jedenfalls noch festumschriebener werden. — A. B. in S.: Eingelangte Zeitung mit Interesse gelesen. Es findet sich demnachst Verwendung. — „Wissender“: Fragen Sie bitte beim Herbergsverein der Buchbinder und Schriftgießer in Wien V, Stockgasse 15, an. — A. R. in Posen: Die gewünschte Adresse konnten wir nicht ermitteln. — R. in Dessau, E. G. und G. W. in Götting, J. S. in München, J. R. in Rheiditz: Die Notizen für den Verfallungskalender für Nr. 127 trafen zu spät ein. — A. R. in Hamm: Nr. 127 war schon fertiggestellt, deshalb erst in dieser Nummer. — G. St. in D. und andre: Auch die Resultate von Meisterprüfungen werden im „Korr.“ nur dann veröffentlicht, wenn die Einwendung vom zuständigen Verbandsfunktionär gegengezeichnet ist. — M. G. in Saarbrücken: Infolge starken Stoffandranges konnte Ihr Bericht nicht früher erscheinen. — R. G. in S.: Jenes Verbot ist vergriffen resp. nach dem Tode des Verfassers nicht wieder

aufgelegt. — E. A. in Dortmund und G. A. in Cham: Die Werke können Sie von R. Siegl, München 2, Holzstraße 7 III, beziehen. — B. W. in R.: Sobald uns die Adresse bekannt wird, teilen wir sie an Sieber Stelle mit.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepark 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst Nr. 1191.

Bezirk Vera. Nachstehende Kollegen werden aufgefordert, sofort ihre Verbandsblätter an W. R. anke, Plauenische Straße 57, gelangen zu lassen und gleichzeitig um Abgabe der jetzigen Adresse ersucht: W. R. in K., vom 20. bis 28. September in Papiermühle (vordem in Schmalkalden); Joseph Ostermeier, vom 23. September bis 19. Oktober in Papiermühle (vordem in Naumburg); Karl Debes, vom 23. September bis 12. Oktober in Papiermühle (vordem in Gotha).

Bezirk Ostfriesland. Der Drucker Johann Jachgo (Hauptbuchnummer 67 978), welcher nach Frankfurt a. O. in Kondition ging, wird hiermit aufgefordert, den erhaltenen Vorfuß portofrei dem Kassierer Th. Jachgo, Leer, Christine-Charlotten-Strasse 22, einzusenden, andernfalls andre Schritte unternommen werden.

Adressenveränderungen.

Roßsch. Vorsitzender: Otto Schwarze, Pöhrisch bei Brehna 39.

Schwerin i. M. Vorsitzender: Ernst Bartels, Frey-Meuter-Strasse 30 II.

Strahburg i. O. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Albert Klein, Rehgasse 6 III.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

- In Wachen der Seher Nikolaus Schäfer, geb. in Wachen 1892, ausgl. das. 1910; war schon Mitglied. — Andreas Wilms, Ubalbertstraße 55.
- In Wilsfeld der Seher Friedrich Zeis, geb. in Wilsfeld (Kreis Frickar) 1893, ausgl. in Homberg (Bezirk Kassel) 1911; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Ziegeler in Gießen, Stammstraße 13 II.
- In Wuerbach i. V. der Seher Bernhard Bärtschel, geb. in Wuerbach 1882, ausgl. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — In Werdau der Seher Leo Sint, geb. in Wien 1871, ausgl. das. 1888; war schon Mitglied. — Oswald Große in Chemnitz, Newiger Straße 8.
- In Wörmig der Schweizerdegen Hermann Wittenburg, geb. in Wernigerode a. S. 1895, ausgl. in Wörmig 1912; war noch nicht Mitglied. — R. Dorn in Schwerin i. M., Eisenbahnstraße 12 II.
- In Friedriehstadt der Seher Hermann Stropp, geb. in Prignitz 1885, ausgl. in Gadow i. M. 1903; war schon Mitglied. — Martin Brütler in Kiel, Schauenburgerstraße 34 pt.
- In Halle i. W. der Seher Gustav Lawitzke, geb. in Gsgow (Kreis Schwale) 1888, ausgl. in Stettin 1906; war schon Mitglied. — In Herford der Seher Hans Albrecht, geb. in Treptow (Voga) 1889, ausgl. das. 1907; war schon Mitglied. — Walter Lenz in Bielefeld, Rohrteichstraße 67 I.
- In Koblenz der Seher Moiss Wolfhard, geb. in Bendorf a. Rh., ausgl. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — B. Neu in Metternich b. Koblenz, Trierer Straße.
- In Neustadt i. Holstein der Seher Rudolf Haack, geb. in Sackrode bei Wilsler 1889, ausgl. in Wahrensdorf 1909; war schon Mitglied. — Martin Brütler in Kiel, Schauenburgerstraße 34 pt.
- In Pfullendorf der Seher Richard Fuoh, geb. in Oberdorf a. W. 1893, ausgl. in Trossingen 1911; war noch nicht Mitglied. — E. Wolff in Konstanz, Wiesenstraße 21.
- In Prignitz der Seher Paul Krohn, geb. in Jabelitz bei Wilgow 1894, ausgl. in Crivitz 1912; war noch nicht Mitglied. — In Wittenberge der Seher Alfred Günther, geb. in Prignitz 1892, ausgl. das. 1910; war schon Mitglied. — W. Reinhardt in Neuruippin, Bietenstraße 9 a.
- In Tachenberg der Schweizerdegen Friedrich Nammler, geb. in Ober-Permsdorf 1889, ausgl. in Gottesberg 1908; war schon Mitglied. — G. Härtel in Wreslau V, Friedrichstraße 100 a II.

Arbeitslosenunterstützung.

Nachen. Die Notiz in Nr. 127, den Seher Sallen betreffend, hat sich erledigt.

Verfallungskalender.

- Hildesheim.** Bezirksversammlung am Sonntag, dem 31. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gasthof „Zum Hühnerhof“, Mühlentstraße. Beiträge bis 17. November an den Vorsitzenden.
- Versammlung Sonnabend, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant H. Lindelof, Bürgerweg 14.
- Essen.** Bezirksversammlung Sonntag, den 10. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Restaurant Hubert Kleinendahl, Rhein-Waldenstraße 88.
- Helmstedt.** Bezirksversammlung Sonntag, den 11. November, abends 8 Uhr (vor der Bezirksratsversammlung), im Restaurant „Germania“, in Helmstedt, Hebbelstraße.
- Leipzig.** Bezirksversammlung Sonntag, den 10. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Heiler Straße.
- Leipzig.** Bezirksversammlung Sonntag, den 8. November, abends 8 Uhr, im Restaurant „Hühnerhof“.
- Stettin.** Bezirksversammlung Sonntag, den 10. November, mittags 1 Uhr, im Restaurant Böding, Segen, Friedrichstraße. Beiträge bis 21. November an den Vorsitzenden.
- Zeitz.** Bezirksversammlung Sonnabend, den 9. November, abends 9 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Volkstraße.

Unheilbare Katarrhe.

Die wenigsten Menschen sind sich dessen bewußt, daß Schnupfen, Hals- und Nasenverfleischungen usw. ihre Ursache in der Tätigkeit der Kleinlebewesen (Bakterien) haben, die in den Schleimhäuten der Atmungsorgane, sobald dieselben durch Erkältungen oder andern Ursachen gelodert sind, die günstigsten Bedingungen zu ihrer Fortpflanzung finden. Diese Bakterien, oder für bestimmte Arten Bazillen genannt, verbreiten durch ihre Fortpflanzung gewisse Absonderungsprodukte, die giftig wirken (Toxine) und dadurch weitere Teile der Schleimhäute reizen und für die Ausbreitung der Brut empfänglich machen. Auf diese Weise entstehen leicht durch einen vernachlässigten Schnupfen oder Husten die schweren Leiden: Bronchialkatarrh, Asthma, Influenza, Lungenleiden usw. — Natürlich sind auch alle diese Zustände ansteckend, weil diese Bakterien sich im Speichel in Massen befinden und mit dem Atem auch nach außen gestoben werden.

In der großen Apotheke der Natur sind für alle sogenannten Gifte eine Reihe von Gegengiften vorhanden, es gilt also, nur die richtigen herauszufinden und recht anzuwenden, um die Toxine (Gifte) unwirksam zu machen, ohne aber die menschlichen Organe zu gefährden. Daher haben Pflanzungen und Gurgeln mit stark reizenden Giften, wie Jod, Jodsalz, Salzsäure usw., gar keinen Erfolg, weil sie nur einen unbestimmten Teil der infizierten Schleimhäute treffen und außerdem diese stark angreifen und unter großen Umständen das Übel nur verschlimmern.

Ebenso nützen auch weder Trankuren mit allen möglichen Salzen oder eine äußere Behandlung mit warmen oder kalten Umschlägen sehr wenig, die tieferliegende Bakterienflora wird davon nicht alteriert und nach einiger Zeit ist das alte Leiden wieder da. Deshalb erscheinen diese Zustände den meisten als unheilbare Katarrhe. Es steht aber unumstößlich fest, daß die Entfaltung dieser Bakterienbrut den Luftwegen der Atmungsorgane folgen, logischerweise kann man ihnen also am sichersten nur auf diesem Wege folgen, d. h. durch Einatmung besonders günstig desinfizierender Dämpfe, welche sämtliche Bakterien nicht ertragen können und zum Absterben bringen.

Vom Laboratorium Tancré, Wiesbaden Z 1, ist ein kleiner sinnreicher Apparat konstruiert, den man bequem in der Tasche tragen kann, und der nach besonderem Verfahren ausserwählte wissenschaftlich begutachtete Stoffe zum Einatmen bis in die tiefsten Luftwege bringt, ohne Reizstoffe zu verurachen oder sonstige die Schleimhäute angreifen, und zwar auf kaltem Wege, um auch einer neuen Erkältung sicher vorzubeugen. Hiermit sind die glänzendsten und ersäumllichsten Erfolge erzielt worden, worüber sich Tausende in begeistertsten Briefen aussprechen. So schreiben unter vielen andern:

Herr Antoni, Hauptlehrer, Ditzheim, den 6. Mai 1912. Mit Vergnügen teile ich Ihnen mit, daß mir Ihr Inhalator nach dreiwöchigen Gebrauche völlige Heilung meines Leidens gebracht hat. Sämtliche Luftwege waren nach starker Erkältung verschleimt. Ein heftiger, peifen-der Husten quälte mich Tag und Nacht. Der Hals war

ganz trocken und die Nase voll Schleim. Der Inhalator verschaffte mir sofort Linderung, der peifen-der Husten wurde seltener, die Trockenheit im Halse verschwand und der Schleim löste sich leicht. Auch jetzt nach völliger Heilung gebrauche ich den Apparat weiter, indem ich abends vor dem Schlafengehen recht energisch durch die Nase einatme, wobei das Medikament wie heilender Balsam die Luftwege erfüllt und mein Sprechorgan kräftigt. Ich werde es nicht veräumen, meine Kollegen auf Ihre prächtige Erfindung hinzuweisen, und so zur Verbreitung des so einfachen und doch wunderbar heilend wirkenden Apparats beizutragen.

Außerdem schreibt Herr Max Kluge, Berlin, Müllerstraße 14 a: Ich litt seit vier Jahren an einem schlimmen Nasen- und Rachenkatarrh, auch leide ich an Lungenkatarrh. Alle Mittel, die ich anwandte, halfen nichts. Ich ließ mir auf eine Annonce in der Zeitung einen Inhalator schicken. Nach sechs-wöchigem Gebrauche ist mein Nasen- und Rachenkatarrh vollständig geheilt und mein Lungenleiden hat sich wesentlich gebessert.

Ähnliche Anerkennungs-schreiben liegen etwa 5000 Stück vor, davon 2418 mit notarieller Beglaubigung. Die Originalbriefe können jederzeit bei uns eingesehen werden.

Un milderbemittelte, vertrauenswürdige Personen wird der Apparat laut unseren besonderen Bedingungen auch gegen bequeme Ratenzahlung abgegeben. Nähere Auskunft über Tancré's Inhalator wird von Tancré's Laboratorium Wiesbaden Z 1 gerne kostenlos und ohne Kaufzwang erteilt. Verlangen Sie noch heute gratis interessante Broschüre. [289]

Ein Heilschatz ersten Ranges

Ist der Ramscheider Stahlbrunnen! So beschließt Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Viebreich eine längere Abhandlung über diesen eigenartigen Brunnen, „der vermöge seiner glücklichen Zusammenfügung eine Reihe von Wirkungen entfaltet, die ihn zur Anwendung bei ganzer Gruppen von Erkrankungen geeignet machen.“

Dankesworte nach erfolgreichen Kuren: „Ich litt seit drei Jahren an Blutarmut, Bleichsucht, großer Nervenschwäche, Verdauungs- und Magenschwäche, Rückenschmerzen und Sodbrennen; meine Kräfte gingen so zu Ende, daß ich meine Arbeit nicht mehr verrichten konnte. Durch den Gebrauch von 30 Flaschen Ramscheider Stahlbrunnen bin ich Gott sei Dank wieder so weit hergestellt, daß ich alle Arbeiten verrichten kann.“ — „Wir können es mit Recht sagen, daß wir durch dieses köstliche Wasser unsere Gesundheit wieder erlangt haben.“ — „Ich gestehe offen, daß ich seit dieser Kur erst weiß, wie es einem gesunden Menschen zu Mute ist. Meine fürchterlichen Kopfschmerzen sind seitdem gänzlich verschwunden. Ich wagte anfangs gar nicht, dem Wasser diese Kraft zuzuschreiben, sondern glaubte fast mehr an Einbildung. Aber heute kann ich mit Bestimmtheit sagen, daß ich nur diesem Wasser mein Wohlbefinden verdanke.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trankuren im Hause, warm empfohlen. Keine Verursachung. Ausführliche Mitteilungen über Kurerfolge, Anwendungsgebiet und Bezug des Brunnens kostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen in Vöppard a. Rh. NW 99.

Erster Maschinenmeister

für mittlere Abzweigdruckerei (sechs Schnellpressen, drei Ziegeldruckpressen) für größere Stadt in der Nähe Leipzigs zum baldigen Eintritt gesucht. Bewerber müssen sich über tüchtige Leistungen als erster Maschinenmeister ausweisen, selbst flott an der Maschine arbeiten und in der Anstellung des Personals (Disposition) gut erfahren sein. Offerten mit allen erforderlichen Angaben (Alter, seitherige Stellungen, ob verheiratet oder ledig, Gehaltsansprüche, Referenzangaben, Zeugnisabschriften) unter Nr. 292 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erheben.

Tüchtige Fertigmacher

zum sofortigen Eintritt gesucht. Schriftsteller D. Stempel, Frankfurt a. M.

Gebübte Schriftstellerinnen

in dauernde Stellung gesucht. Gauer'sche Verlagsanstalt, Frankfurt a. M.

Schweizerdegen

27 Jahre alt, vertraut mit Schnell- und Ziegeldruckerei und in allen Gattungen bewandert. Sucht baldigst dauernde Stellung. Besondere noch in solcher und erbittet Offerten unter „M. M. 291“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Nicht. Einotypist, vier, Praxis. Sollte solche Kraft sich in S. Süddeutschl. a. Schweiz in gutem, Stell. z. veränd. Antz. 14 Tage n. Engagem. D. H. u. Nr. 289 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Haben Sie Ihre Anmeldung

zum Fernkursus im Skizzieren und Entwerfen noch nicht eingekandt, so zögern Sie keinen Augenblick mehr damit. Eine so vorteilhafte Gelegenheit, das Zeichnen zu erlernen, kehrt nie wieder! Anmeldeformular lag d. Nr. 122 d. Korrespondenz bei. Verlag der Typographischen Jahrbücher.



Nach München oder Umgebung

Sucht sich jüngerer tüchtiger Maschinenmeister, auch für Rotation, bis Mitte od. Ende November zu verändern. Angebote unter Nr. 297 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erheben.

Typographische Vereinigung Berlin

Mittwoch, den 6. November, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, großer Saal, Engelstraße 16: Ausstellung von Buchhändlerdruckmaschinen.

8 1/2 Uhr Schriftsteller Robert Breuer:

Typographie und Kunst

(Vortragsvortrag) Kollegen, kommt zahlreich und trete unserer Vereinigung bei! Eintritt frei.

Zelluloidschukplatte für Einotypie

(verhütet beim Gießen das Schließen der Matrizen am Glas) per Stück 2,50 Mk. liefert Z. Weisbecker, Offenbach a. M., Bettinastraße 80. [300]

H. MATHAEUS DESSAU
Flössergasse 46
Katalog gratis u. fr.

Berein der Stereotypen- und Galvanoplastiker von Hamburg-Altona und Umgegend.

Sonntag, den 10. November, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokale von Herrn Brunotte, Brodstr. 10.

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Kasienbericht; 3. Verschiedenes. [296] Der Vorstand. NB. Unser Wintervergüngen findet am 24. November in „Hüttmanns Hotel“ (Zug. Hof), Poststraße, statt.

Vereinigung stenographiekundiger Buchdrucker.

St. Leipzig. (System Gabelsberger.) Begründet 1905.

Alle Kollegen, die noch an dem neuen Fernkursus teilnehmen wollen, mögen in nächster Zeit beginnenden sich unverzüglich mit dem Leiter unseres Fernunterrichts, Kollegen Robert Ruche, Baum (Westfalen), Heibitzstraße 64, in Verbindung setzen. [294]

CAMERAS

aller Systeme, neueste Modelle, nur erstklassige Fabrikate, mit Objektiven von Goerz, Meyer usw. In allen Preislagen, erhalten Sie von uns gegen bequeme Monatsraten ohne Anzahlung

5 Tage zur Probe

mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen. Illust. Camera-Katalog gratis

Bial & Freund, Postfach 388/207 Breslau [193]

MUSIK Instrumente

aller Art wie Violinen, Celli, Mandolinen, Gitarren, Zithern, selbstspielende Musikwerke erhalten Sie von uns gegen bequeme Monatsraten ohne Anzahlung

5 Tage zur Probe

Verlangen Sie sofort die III. Preisliste M.

Bial & Freund, Postfach 388/208 Breslau

Sprechapparate

allerneueste Modelle, mit echten Pathé-Platten (ohne jeden Nadelwechsel mit einem die Platten nicht zerstörenden Saphirstift zu spielen), erhalten Sie nur von uns gegen Monatsraten von 3 Mk. an ohne Anzahlung

5 Tage zur Probe

Bei Bezug unserer Spezial-Modelle kaufen wir Ihren alten Apparat mit 20 M. zurück

Verlangen Sie sofort die III. Preisliste S.

Bial & Freund, Postfach 388/209 Breslau

Theaterkiste, Festabzeichen, Postkarten | V. d. D. B. Verbandszigarre 5,50, 6,00, 6,50 u. 7,00 Mark p. 100 St. Bei Beträgen ab 10 Mk. gratis. Verlagsanstalt, Halle a. S., Köpzigstraße 195. | portofr. W. Boomer, Zigarrenverh., Boch (holl. Grenz).

Am 28. Oktober starb schnell und unerwartet unser lieber Kollege, der Maschinensetzer

Artur Wehner

aus Oschatz, im Alter von 20 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm [288] Leipzig, 30. Oktober 1912.

Die Kollegen der Firma Oscar Brandtetter.